



*POLITISCHE KULTUR UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE – Zur Zukunft der Politischen Bildung*



**50 Jahre Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN**

**Dokumentation der Festveranstaltung**



**Politische Kultur und gesellschaftliche Teilhabe – Zur Zukunft der Politischen Bildung**

50 Jahre Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN

Dokumentation der Festveranstaltung

Herausgeber:

Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN  
Robertstr. 5a  
42107 Wuppertal

fon (02 02) 9 74 04 - 0  
fax (02 02) 9 74 04 - 20

[bildung@arbeitundleben.de](mailto:bildung@arbeitundleben.de)  
[www.arbeitundleben.de](http://www.arbeitundleben.de)

Redaktion: Lothar Jansen

Layout/Gestaltung: Michael Maass

## **Inhalt**

### **Vorwort**

### **Eröffnung und Begrüßung**

*Theo W. Länge* ..... 3

### **Grußworte**

*Prof. Dr. Rita Süßmuth* ..... 7

*Dietmar Hexel* ..... 11

### **Politische Kultur braucht Beteiligung – Anforderungen an die politische Bildung**

*Dr. Norbert Lammert* ..... 15

### **Podium: Politische Kultur und gesellschaftliche Teilhabe –**

**Zur Zukunft der Politischen Bildung** ..... 21

### **Politisch bilden – Teilhabe ermöglichen**

*Prof. em. Dr. Oskar Negt* ..... 43



---

# **Politische Kultur und gesellschaftliche Teilhabe – Zur Zukunft der Politischen Bildung**

Der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN hat im Jahre 2006 sein 50-jähriges Bestehen gefeiert.

Dieser Geburtstag markiert 50 Jahre erfolgreiche Zusammenarbeit öffentlich verantworteter Weiterbildung durch die Volkshochschulen und der gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland.

Im Zentrum der Festveranstaltung, die am 21. Juni 2006 in der Vertretung des Saarlandes beim Bund in Berlin stattfand, stand die Frage, wie es gelingen kann, den Exklusionsbewegungen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken und aktiv dafür Sorge zu tragen, dass breite Bevölkerungsteile an der Gestaltung unserer Gesellschaft teilhaben können.

Nicht zuletzt war es dabei ein Anliegen zu diskutieren, welche Rolle die Politische Bildung dabei spielen kann.

Wuppertal, November 2006



## Eröffnung und Begrüßung

**Theo W. Länge**  
Bundesgeschäftsführer

**Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

ich darf Sie alle sehr herzlich zur Jubiläumsveranstaltung des Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN hier in der Landesvertretung des Saarlandes beim Bund begrüßen. Viele von Ihnen bringen durch Ihre Anwesenheit eine langjährige Verbundenheit mit ARBEIT UND LEBEN zum Ausdruck, wofür wir Ihnen herzlich danken.

Es tut gut, durch Ihr Hiersein auch die Solidarität zu spüren, auf die wir alle angewiesen sind, um die durchaus positiven politischen Absichtserklärungen, die zur Weiterbildung in der Profession Politik verlaublich werden, auch in der Realität einzufordern, damit allen in diesem Land die Chance auf eine umfassende Bildung zuteil wird; allen – unabhängig von ihrem Einkommen, ihrer sozialen Herkunft und ihrem kulturellen Hintergrund.

Ganz herzlich begrüße ich Sie, Herr Dr. Lammert, als den Bundestagspräsidenten. Ich freue mich, dass Sie zu uns zum Thema „Politische Kultur braucht Beteiligung – Anforderungen an die Politische Bildung“ sprechen. Sie sind hier sehr willkommen.

Unser Geburtstag markiert 50 Jahre erfolgreiche, institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Volkshochschule und dem DGB.

Ich freue mich deshalb, die Präsidentin des DVV, Professor Dr. Rita Süßmuth, und Dietmar Hexel, DGB – Bundesvorstandsmitglied und Präsident des Bundesarbeitskreises, zu begrüßen. Sie werden gleich ein paar Worte zu uns sprechen und, wie ich hoffe, dieses Bündnis nicht nur erinnern, sondern auch bestätigen. Auf diesem institutionellen Hintergrund begrüße ich auch Ingrid Sehrbrock, die neugewählte und für Bildung zuständige stellvertretende Vorsitzende des DGB – herzlichen Glückwunsch, liebe Ingrid, zu deiner Wahl – sowie die DGB – Bezirksvorsitzenden Stefan Körzell, Guntram Schneider, Hartmut Tölle, und ebenso begrüße ich Ulrich Angenvoort, den Verbandsdirektor des DVV, sowie Professor Dr.

Heribert Hinzen, den Direktor des dem DVV zugehörigen Instituts für Internationale Zusammenarbeit.

Die politische Bildung ist in vielfacher Hinsicht auf die Förderung und Unterstützung von Politik und politischer Administration angewiesen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Nach wie vor ist der Kinder- und Jugendplan des Bundes dabei die wesentliche Stütze für unsere Arbeit. Deshalb begrüße ich besonders herzlich Jochen Weizel vom Bundesjugendministerium.



Theo W. Länge

Aus dem Bildungsministerium begrüße ich mit Hans Konrad Koch einen langjährigen Weggefährten. Ich hoffe, dass die Föderalismusreform uns ausreichende Möglichkeiten lässt, die in vielerlei Hinsicht fruchtbare Kooperation mit Ihrem Hause fortzusetzen.

Aus dem Verteidigungsministerium begrüße ich Lothar Dobschall. Ich freue mich, dass die politische Bildung in der Bundeswehr Raum greift und ein intensiver Gedankentausch mit den Trägern der politischen Bildung begonnen hat.

Ein weiterer und unschätzbar wichtiger Förderer und Kooperationspartner ist für uns die Bundeszentrale für

politische Bildung. Ihr Präsident Thomas Krüger und Hanne Wurzel sind unter uns und ich heiße sie herzlich willkommen.

Das Deutsch-Französische Jugendwerk ist uns seit Jahrzehnten ein verlässlicher Förderer und Partner. Ich freue mich besonders darüber, hier die Generalsekretärin Eva Sabine Kuntz und den Generalsekretär Max Claudet begrüßen zu können.

ARBEIT UND LEBEN ist auch in den Ländern präsent. Ich heiße aus den dort mit Fragen der Weiterbildung befassten Ministerien Frau Dr. Eva Maria Bosch aus dem Land Brandenburg, Dr. Ulrich Heinemann aus NRW und Dr. Peter Krug aus Rheinland-Pfalz willkommen. Stellvertretend für alle Landeszentralen für politische Bildung, mit denen unsere Mitgliedseinrichtungen kooperieren, begrüße ich herzlich Ruth Ellerbrock aus Berlin.

Auf solchen und ähnlichen Veranstaltungen, monieren viele, sitzen immer die gleichen Leute. Auch wenn dies nicht immer stimmt, so verbirgt sich hinter einer solchen Aussage ein Hinweis darauf, dass sich die Weiterbildung in verschiedenen Netzen organisiert, dort den Erfahrungsaustausch initiiert, sich inhaltlich vertieft und weiterbildungspolitisch aktiv wird.

Dies geschieht insbesondere im Bundesausschuss Politische Bildung, in der Gemeinsamen Initiative der Träger außerschulischer politischer Jugendbildung und nicht zuletzt in der Konzertierte Aktion Weiterbildung. Ich begrüße sehr herzlich den Vorsitzenden und die Geschäftsführerin des AdB, Peter Orgzall und Mechthild Merfeld, Lothar Harles, den Geschäftsführer der AKSB, Dr. Franz Grubauer, Generalsekretär der Ev. Akademien in Deutschland, Herrn Dr. Wesenberg von der DEAE, Rudolf Helferich als den Vorsitzenden des Bundesverbandes Berufliche Bildung, Uta Maria Kern als Geschäftsfüh-

rerin des Verbandes der Bildungszentren im ländlichen Raum, Dr. Stefan Rappenglück vom Zentrum für angewandte Politikforschung, Christian Singer von der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung, den Geschäftsführer der Stiftung Mitarbeit, Jörg Sippel, Franziska Richter von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Elsbeth Zylla von der Heinrich-Böll-Stiftung, und nicht zuletzt Uli Nordhaus und Christina Marx als Vorsitzenden und Geschäftsführerin der Konzertierte Aktion Weiterbildung.

Ihnen allen danke ich auch für die zielstrebige und verlässliche Zusammenarbeit über teils viele Jahre hinweg.

Dieser Dank und ein herzliches Willkommen gilt auch den Verantwortlichen des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE), des Forschungsinstituts für Arbeit, Bildung und Partizipation (FIAB) und des Internationalen Jugendaustausches und Besucherdienstes (IJAB) Hans Joachim Schult, Dr. Karin Derichs-Kunstmann und Marie-Luise Dreber, und nicht zuletzt heiße ich als Vertreter der Wissenschaft Professor Dr. Klaus Ahlheim willkommen, ein konsequenter Verfechter und auch Freund der politischen Bildung.

Mit Blick auf das Programm unserer Festveranstaltung gilt mein Gruß und mein Dank der Moderatorin unseres Podiums, Helga Kirchner vom Westdeutschen Rundfunk. Ich freue mich, dass Sie diese sicher reizvolle Aufgabe und Herausforderung angenommen haben. Sie werden später unsere Gäste auf dem Podium begrüßen.

Bleibt mit die Freude, dir, liebe Regina Görner, Ihnen, liebe Frau Balçi, Professor Dr. Heinz Bude und Thomas Krüger jetzt schon zu danken, dass sie sich zu unserem Thema „Politische Kultur und gesellschaftliche Teilhabe“ nicht nur Gedanken machen, sondern diese auch hier öffentlich äußern.





## Grußwort

**Prof. Dr. Rita Süßmuth**

*Präsidentin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes*

***Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,***

wir gratulieren dem Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN ganz herzlich zu seinem 50. Jubiläum und sagen dem gesamten Team „Herzlichen Glückwunsch!“.

Ich freue mich, dass ich diese Gelegenheit auch nutzen kann, um unsere freundschaftliche Verbindung zum Ausdruck zu bringen und Danke zu sagen für Ihre vielfältigen Unterstützungen und Ihre kontinuierliche Solidarität in den vergangenen fünf Jahrzehnten.

Es gibt viele Gründe, dieses Jubiläum fröhlich und mit einigem Stolz zu feiern:

50 Jahre Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN zeugen von einem stabilen Fundament und einer erfolgreichen Geschichte der Partnerschaft von Volkshochschulen und Gewerkschaften.

Es ist gelungen, ein stabiles Netz für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung aufzubauen, das sich mit seinen Landes- und regionalen Arbeitsgemeinschaften durch bundesweite Präsenz und eine intakte Infrastruktur für bürgernahe Angebote auszeichnet.

Kompetenz und Professionalität konnten sich in fünf Jahrzehnten enorm entwickeln, ohne dass Innovationen, Experimente und Neugier auf der Strecke geblieben wären. Der Bundesarbeitskreis hat bewiesen, dass mit der permanenten Reflexion der eigenen Bildungspraxis ein großes Potenzial wächst, immer wieder auf Herausforderungen flexibel zu reagieren.

50 Jahre Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN, das bedeutet aber auch – und meines Erachtens in erster Linie –, dass sich das zähe Ringen um emanzipatorische Bildung seit dem demokratischen Neubeginn nach 1945 gelohnt hat.

Es ist wohl eine der größten Auszeichnungen für die geleistete Arbeit, wenn in einer umfassenden Evaluation festgestellt wird, dass es „in der politischen Jugendbildung auf vielfältige Weise gelingt, selbst bei jenen Ju-

gendlichen eine gewisse Sensibilisierung für das Politische herzustellen, die sich als vollkommen unpolitisch bezeichnen und die sich zunächst nicht vorstellen können, dass Politik etwas mit ihnen zu tun hat“.

Die Evaluation kommt zu dem Schluss, dass die bundesdeutsche Förderung der politischen Jugendbildung als eine besondere Errungenschaft betrachtet und als „Exportmodell“ für andere europäische Länder verstanden werden kann.



Prof. Dr. Rita Süßmuth

Der Bundesarbeitskreis hat an dieser positiven Bilanz großen Anteil. Hier werden in großem Ideenreichtum immer neue Konzepte, Ansätze und Methoden politischer Bildungsarbeit entwickelt. Hier wird das Selbstverständnis politischer Bildung gegenüber der Praxis und neuen gesellschaftlichen Herausforderungen immer wieder neu geschärft und überprüft.

Der Bundesarbeitskreis ist Motor und Promotor der politischen Bildung in Deutschland. Er hat es stets verstanden, eifrig das Netzwerk der Träger politischer Bildung zu knüpfen und eine Partnerstruktur zu etablieren, die von der Politik gefragt und angehört wird.

Mit aufrichtigem Dank an die Vorsitzenden des Bundesarbeitskreises Dr. Dieter Eich und Jürgen Nestmann sowie an den Bundesgeschäftsführer Theo Länge und sein Team darf ich sagen, dass der DVV das Glück hatte und hat, von dieser Vertretung der Anliegen der Politischen Bildung gegenüber Staat und Gesellschaft erheblich zu profitieren – ob in der Konzertierte Aktion Weiterbildung (KAW), dem Bundesausschuss Politische Bildung (BAP), der Gemeinsamen Initiative der Träger der außerschulischen politischen Jugendbildung (GEMINI) oder bei Hearings und Tagungen.

Dennoch befindet sich das Geburtstagskind – wie so viele andere Träger politischer Bildung auch – in nicht eben ruhigem Fahrwasser:

Der unbestrittenen Einsicht in die Notwendigkeit politischer Bildung als selbstverständlichem Bestandteil von Weiterbildung und als Grundlage unserer politischen Kultur stehen immer schlechter werdende Förderbedingungen gegenüber. Immer weniger Mittel stehen für Maßnahmen zur Verfügung. Professionelle Strukturen werden durch Personalkürzungen zerstört, eine gut ausgebaute Infrastruktur von Trägern und Einrichtungen wird durch kleinschrittige Projektförderungen mehr und mehr geschwächt.

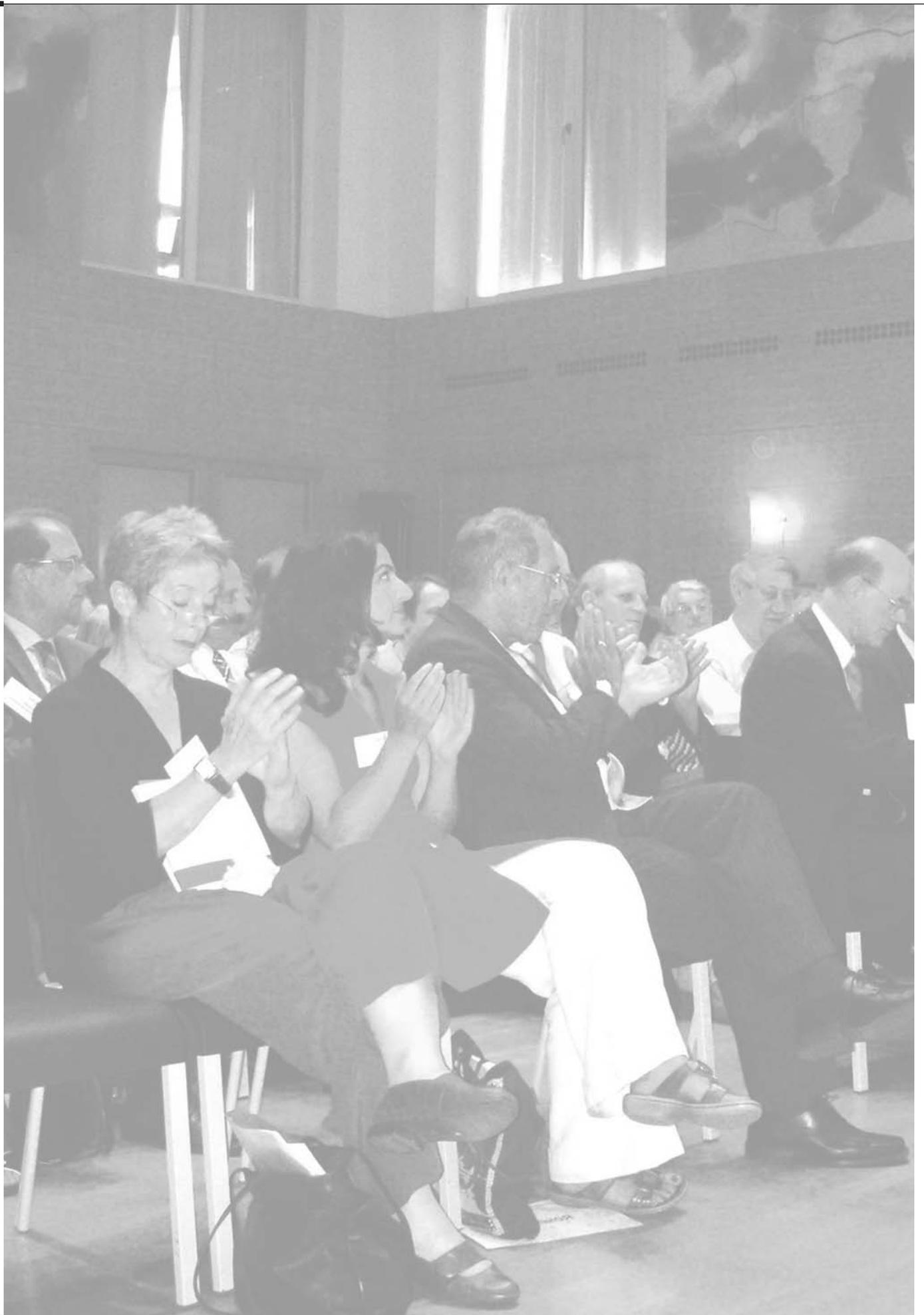
Aber: Eine demokratische Kultur der Partizipation gibt es nicht zum Nulltarif. Sie fällt weder vom Himmel, noch existiert sie ohne unsere Mühe und Anstrengung. Wenn wir Demokratie in unserem Land ausbauen und auf Dauer erhalten wollen, dann müssen wir auch bereit sein, in sie zu investieren.

Gerade politische Bildung kann sich nicht rechnen, sie ist keine betriebswirtschaftliche Größe für Weiterbildungsorganisationen. Sie braucht – viel mehr als andere Bereiche der Weiterbildung – die öffentliche Verantwortung und die verlässliche Förderung von Strukturen und Bildungsveranstaltungen. Damit Urteilsfähigkeit, Entscheidungskompetenz und Partizipationsmöglichkeiten nicht zu einem neuen Bildungsprivileg werden, muss politische Bildung für Alle gleichermaßen zugänglich sein und muss versuchen, alle zu erreichen.

Dies ist wohl der wichtigste Wunsch für die Zukunft der politischen Bildung, und es ist zugleich der Strang, an dem wir auch zukünftig gemeinsam ziehen wollen.

Im Namen des Deutschen Volkshochschul-Verbandes darf ich Ihnen dies versprechen und gratuliere nochmals zu einem erfolgreichen halben Jahrhundert.





## Grußwort

**Dietmar Hexel**

*Mitglied des Geschäftsführenden DGB Bundesvorstandes*

**Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

wenn Organisationen Geburtstag haben, stellt sich oft die Frage, ob die Gründerinnen und Gründer zu feiern sind – oder diejenigen, die mit ihrem Engagement und Wissen die Organisation ausmachen. Ich gratuliere beiden: den Ehemaligen und den Aktiven des Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN zum 50. Geburtstag und freue mich, aus diesem Anlass heute zu Ihnen sprechen zu können.

Mit diesem runden Geburtstag werden 50 Jahre vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit zwischen dem DGB-Bundesvorstand und dem Deutschen Volkshochschul-Verband gewürdigt. Der Grundstein dafür wurde schon früh gelegt. Als Niedersachsen freut es mich besonders, dass dies in Niedersachsen geschah. Mit der Instruktion Nr. 21 wurde 1945 durch die Alliierten die Aufforderung erlassen, Pläne zur Wiederaufnahme der Erwachsenenbildung einzureichen.

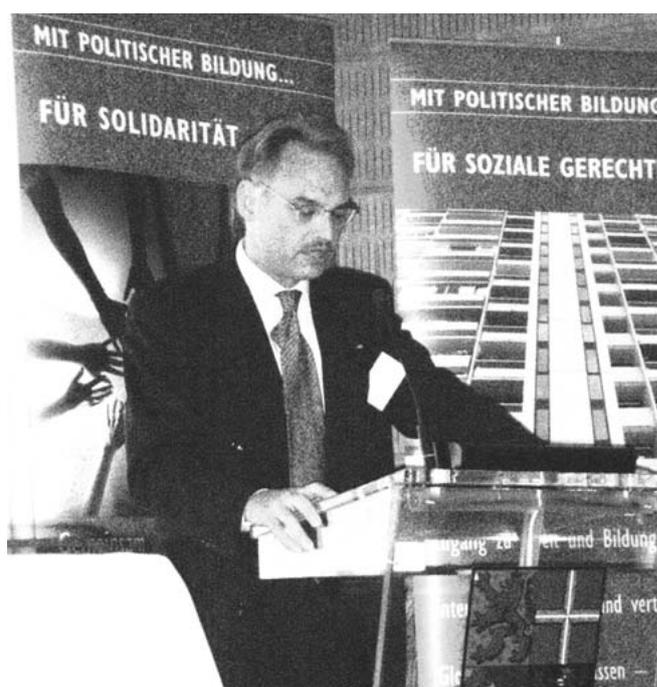
Werner Lotze, der erste Leiter der VHS Hannover und Gründer der Heimvolkshochschule Göttinge war der Ansicht, dass ein Fehler der Weimarer Republik ausgebügelt werden müsste – nämlich dass Arbeiterinnen und Arbeiter durch die VHS nicht erreicht wurden. Auf Seiten der Gewerkschaften war das Misstrauen zu den bürgerlichen Bildungseinrichtungen der VHS groß. Hatte der Faschismus nicht gezeigt, wohin die bürgerliche Bildung führte?

Werner Lotze fand in Adolf Heidorn, einem ehemaligen Kadermitglied des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, nach 1945 einen gewerkschaftlichen Ansprechpartner. Adolf Heidorn – ich kannte ihn noch aus seiner Zeit als DGB-Vorstandsmitglied Niedersachsen – war überzeugt davon, dass Arbeiterbildung sich zur Gesellschaft hin öffnen müsste und Bündnispartner bräuchte, um erfolgreich zu sein. Mit ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen wurde der Grundstein für über fünfzig Jahre erfolgreiche Bildungsarbeit gelegt. Die Gründung

weiterer Landesverbände folgte – und 1956 die des heutigen Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN, die wir heute feiern.

Diese Gründung fand in einer politisch schwierigen Zeit statt, in der die Gewerkschaften mit dem Aktionsprogramm 1956 auf die Niederlage um die Mitbestimmung in der Wirtschaft reagierten. Eine Besserung für die Mitbestimmung kam erst unter Willy Brandt 1972. Sein „Mehr Demokratie wagen“ galt auch in den Betrieben – und es gilt noch heute. Beide Bundesorganisationen, VHS und DGB, haben sich 1956 darauf verständigt, mit dem Bildungsbündnis ARBEIT UND LEBEN ein großes, immer noch aktuelles Anliegen gemeinsam umzusetzen:

Die Weiterbildung – insbesondere die politische Weiterbildung – von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu fördern und dafür auch auf Bundesebene eine wirksame Lobby zu schaffen.



Dietmar Hexel

Und dieses Anliegen ist aktueller denn je. So weit zu überblicken ist, werden drei große Bereiche in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren ökonomisches Wachstum fördern oder einschränken:

Energie, Gesundheit – und Bildung.

Über vier Fünftel der Beschäftigten werden in zehn Jahren nur noch mit Informationen, Daten, Wissen zu tun

haben. Und der Kopf wird das vorherrschende Produktionsmittel sein. Wissen ist – im Gegensatz zu anderen Ressourcen – eine, die sich nicht verzehrt. Sie vermehrt sich durch den Gebrauch. Wird Wissen allerdings nicht benutzt, ist es wertlos und verfällt. Umso wichtiger ist in unserer heutigen Zeit Bildung und Politische Bildung. Denn der Zustand unserer Gesellschaft und die Weltkonflikte sind Grund genug, politische Bildung in den Köpfen deutlich stärker zu verankern.



Darüber hinaus scheint ein alter Traum der Utopisten auf skurrile Weise in Erfüllung zu gehen: Sechs bis sieben Millionen Menschen sind ökonomisch „unnützlich“. Sie werden für den Titel „Exportweltmeister“ nicht gebraucht. Doch gesellschafts- und sozialpolitisch ist es ein Skandal, so viele Talente, so viel Wissen, so viele Erfahrungen einfach brach liegen zu lassen. Wenn die Prognose stimmt, dass Energie, Gesundheit und Bildung die treibenden Kräfte der Zukunft sein werden, könnte in diesen Bereichen eine große Zahl von neuen, menschenwürdigen Arbeitsplätzen entstehen, die unsere Lebensbedingungen weiter verbessern.

Dies setzt aber eine Politik voraus, die den „Gemeinsinn“, das Gemeinwohl als Leitidee zur Maxime unseres Handelns macht. Es ist längst an der Zeit, über diese Dinge wieder mehr zu diskutieren, neue gesellschaftliche Zukunftsszenarien zu entwerfen. Politische Bildungsarbeit setzt für solche Diskurse einen organisatorischen Rahmen.

ARBEIT UND LEBEN hat stets auf unterschiedliche Sichtweisen, Handlungskompetenz für gesellschaftlich wirksame Veränderungen sowie emanzipatorische Entwicklung des Einzelnen Wert gelegt. Die weitere Verständigung von Volkshochschulen und Gewerkschaften über ihre Zusammenarbeit ist hoch aktuell. Doch längst sind nicht nur VHS und Gewerkschaften Partner und Mitgestalter. Gerade in Zeiten knapper Kassen und weniger öffentlicher Mittel ist die Notwendigkeit intelligenter Netzwerke auch mit anderen Kooperationspartnern eine täglich zu lösende Aufgabe für das Bildungsmanagement.

Die vertrauten Arbeitsbeziehungen weichen neuen Lebens- und Arbeitsbiografien. Der Zusammenhang „Arbeit und Leben“ hat bereits eine andere Bedeutung bekommen. Die denkbaren Formen der Arbeitsorganisation weisen in die Richtung Kommunikation, Kooperation, Verantwortung und Mitentscheidung. Lebenslanges Lernen ist dafür eine unerlässliche Komponente. Eine neue Verbindung von Arbeit und Leben könnte so Wirklichkeit werden: Die Verfallsformen der menschlichen Tätigkeiten, wie Hannah Arendt sie in *vita activa* beschrieb, wären dann umgekehrt – vom *animale laborans* über den *homo faber* zum öffentlichen *homo politicus*. Das setzt allerdings jede Menge politische Bildung und Engagement voraus. Für beides steht die Bundesorganisation von ARBEIT UND LEBEN.

Die Geschichte von ARBEIT UND LEBEN ist eng mit der Geschichte und Entstehung der Demokratie nach den Erfahrungen von Nationalsozialismus und Krieg verknüpft. Volkshochschulen und Gewerkschaften wollten eine Einrichtung schaffen, die durch politische Bildung die neu gegründeten demokratischen Verhältnisse mit Leben erfüllen sollten. Das ist gelungen.

Und ARBEIT UND LEBEN war schon immer daran gelegen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aufgrund ihrer besonderen Lebens- und Arbeitsbedingungen als bildungsbenachteiligt gelten, stärker als andere Einrichtungen anzusprechen. Heute sind das im verstärkten Maße Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund.

50 Jahre Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN bestätigen unser Ziel:

Möglichst viele Menschen an der Mitgestaltung unserer Demokratie durch politische Bildung zu beteiligen, sie als Subjekt zu gesellschaftlichen Handlungen zu ermutigen und ihre Fähigkeiten dafür zu fördern.

ARBEIT UND LEBEN hat durch arbeitnehmerbezogene politische Bildung gewerkschaftliche Politik und Programmatik mitgestaltet und weiterentwickelt. Dies war und ist für den DGB und seine Gewerkschaften ein großer Vorteil. Gerade in einer globalisierten Ökonomie steigt die Bedeutung von Gewerkschaften und der Mitbestimmung durch die Arbeitnehmer. Denn die Risiken des Unternehmens werden zunehmend von ihnen getragen.

Die Beschäftigten bei CNH in Berlin, bei AEG in Nürnberg, bei Panasonic oder bei Conti in Hannover haben alles getan, um ihren Arbeitsplatz als Existenzgrundlage zu erhalten. Doch es hat nichts genutzt. Sie mussten erfahren, dass nicht demokratisch legitimierte Manager Entscheidungen treffen, die sie als Beschäftigte und Bürger ins Mark treffen.

Politische Bildung kann dazu beitragen, dass gewerkschaftliches Engagement und Mitbestimmung als politische Antwort und notwendiges Instrument zum Ausgleich dieses Risikos erkannt und durchgesetzt wird. ARBEIT UND LEBEN hat Foren zur Reflexion zur Verfügung gestellt. Sie hat zu solidarischem Handeln angeregt. Und sie hat eine politische Diskussion ermöglicht, die die Interessen der Arbeitnehmerschaft aufnimmt. Ich möchte mich bei allen, die das ermöglicht haben, herzlich bedanken.

**Werte Gäste**, dieses Grußwort ist ein Plädoyer für den Erhalt und die Weiterentwicklung von ARBEIT UND LEBEN, für die Politisierung der Ökonomie und dafür, Wissen in praktische Politik umzusetzen.

1. ARBEIT UND LEBEN steht wie kaum eine andere gewerkschaftsnahe Einrichtung für die politische Bildung mit großer Wertschätzung und Reputation.

Auch deshalb setze ich mich dafür ein, dass die Politische Bildung wieder einen größeren Stellenwert erhält. Dafür ist die Arbeitsgemeinschaft mit den Volkshochschulen von großem Wert.

2. ARBEIT UND LEBEN erreicht auch Zielgruppen, die von DGB und Gewerkschaften nicht ohne weiteres erreicht werden.

In einer Zeit sich ausdifferenzierender gesellschaftlicher Strukturen, Milieus und Interessenlagen verfügen wir über eine Institution, die durch ihren spezifischen Kooperationsansatz weit in die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche hineinwirkt.

3. ARBEIT UND LEBEN steht für internationale Erfahrung.

Die Ausweitung interkontinentaler Wirtschaftsbeziehungen und Migrationsbewegungen machen politische Bildung im internationalen Kontext immer wichtiger. Der Bundesarbeitskreis steht für eine über Jahrzehnte erworbene Kompetenz in der internationalen Bildungsarbeit. Ein Fundus, den wir dringend benötigen für die Gestaltung einer arbeitnehmerbezogenen Politik im europäischen und internationalen Maßstab.

4. ARBEIT UND LEBEN steht auch für neue Konzepte bei der gesellschaftlichen Integration von Migranten.

Die erfolgreiche Implementierung interkulturellen Lernens in den Lebensbereichen der Menschen wird entscheidend für ein friedvolles und gedeihliches Miteinander sein. Auch der wirtschaftliche Erfolg oder Misserfolg im internationalen Kontext wird m. E. dadurch mit entschieden, wie wir als Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund zusammen leben und arbeiten können. Ich möchte den Bundesarbeitskreis ausdrücklich ermuntern, den dazu eingeschlagenen Weg weiter zu gehen, und wünsche allen Beteiligten dafür gutes Gelingen.

Herzlichen Dank.



## Politische Kultur braucht Beteiligung – Anforderungen an die politische Bildung

Dr. Norbert Lammert

Präsident des Deutschen Bundestages

### *Sehr geehrte Damen und Herren,*

mein Beitrag aus Anlass des runden Geburtstags des Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN ist überschrieben mit dem Titel 'Politische Kultur braucht Beteiligung – Anforderungen an die politische Bildung'. Den ersten Teil dieses Titels kann ich ohne jeden Vorbehalt unterschreiben. Die Beteiligung möglichst vieler Menschen an den Belangen von Gemeinwesen und Gesellschaft ist für mich ein Wesensmerkmal der politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland.

Der zweite Teil schließt die Frage ein 'Worum geht es in der politischen Bildung?'. Politische Bildung ist in meinem Verständnis keine akademische Übung, keine theoretische Auseinandersetzung über Staat und Gesellschaft. Sie ist weder Politik noch politische Wissenschaft. Sie sollte Zusammenhänge herstellen zwischen der politischen Praxis und den politischen Wissenschaften als ihrer theoretischen Grundlage und Bezugswissenschaft. Zwischen diesen Polen, Theorie und Praxis, kommt ihr eine bedeutsame Mittlerfunktion zu.

Ein Geburtstag ist eine gute Gelegenheit zur Rückschau auf das, was war, darauf, woher man kommt. Die Gründung einer Organisation im Jahre 1956 und der Rückblick auf dieses Datum legen die Frage nahe, welche politischen Verhältnisse, welche Gesellschaft und insbesondere welche Menschen mit welchen Hoffnungen und Bedürfnissen die politische Bildung damals vorgefunden hat.

Was waren denn die nachhaltigen Ereignisse, was hat die Verhältnisse damals geprägt? Was waren die Bezugspunkte der Arbeit einer Bildungseinrichtung wie ARBEIT UND LEBEN, die sich insbesondere der politischen Bildung verschrieben hatte? Ich erinnere hier an die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung über die Einführung der Wehrpflicht und die Westintegration der Bundesrepublik. Ich erinnere an Chruschtschows Geheimrede mit der erstmalig die stalinschen Verbrechen

beim Namen genannt werden. Der Stalinismus aber lebt fort und führt zum Aufstand des ungarischen Volkes, der durch sowjetische Truppen niedergeschlagen wird. In der Bundesrepublik wird die KPD verboten. Ein Vorgang, der durch den in jüngerer Zeit unternommenen Versuch, die NPD für verfassungswidrig erklären zu lassen, eine neue Aktualität erlangt hat. Im Übrigen ein hochinteressantes Thema für die politische Bildung, wie denn Verfassung und Demokratie vor Bedrohungen und Risiken zu schützen sind. Zu fragen ist, welche Bedeutung dabei gesellschaftliche Auseinandersetzungen haben und wie staatliche Verbotsbemühungen zu bewerten sind.



Dr. Norbert Lammert

Nochmals zum Ausgangspunkt: Auf was stützte sich damals die Absicht, politische Bildung zu machen, und was macht den Unterschied zu heute aus? Schauen wir uns die wesentlichen Anliegen der politischen Bildung an: die Sicherung von Frieden und Freiheit und die Schaffung und der Erhalt von sozialer Sicherheit. Viele waren damals überzeugt, dass Frieden und Freiheit in einer gemeinsamen Anstrengung erhalten werden müssten. Wirtschaftswachstum und schwindende Arbeitslosigkeit

nährten die Hoffnung auf dauerhafte soziale Sicherheit und Arbeit.

Das erste Versprechen scheint heute eingelöst. Ich glaube, dass heute bei den Menschen die Wahrnehmung vorherrscht, Frieden und Freiheit seien gesichert – zumindest im nationalen Rahmen. Was ist nun aber aus dem zweiten Versprechen geworden? Ich fürchte, dass die Menschen, im Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die Arbeitsplätze oder die sozialen Sicherungssysteme das Gefühl haben, auf Tempo und Richtung keinen Einfluss nehmen zu können.



Es gibt kein Patentrezept, was die politische Bildung nun mit diesem Befund tun soll und was ihr mit auf den Weg zu geben wäre. Ich kann nur appellieren, dass die Akteure der politischen Bildung sich immer wieder den Veränderungen stellen und neue und innovative Wege finden, um die Adressaten dauerhaft zu erreichen und zwar dadurch, dass der Gebrauchswert der politischen Bildung für das Handeln im Alltag und bei der Entwicklung gesellschaftlicher Perspektiven deutlich wird. Dabei kommen ihr meines Erachtens drei Kernaufgaben zu: Politische Bildung muss Kenntnisse vermitteln, beispielsweise über die Grundzusammenhänge von Politik und Wirtschaft. Daneben muss politische Bildung Werte vermitteln und Orientierung geben. Mit gutem Grund möch-

te ich diese Kernaufgaben betonen.

Eine neue Studie über die Kenntnisse der Menschen zu Grundzusammenhängen unseres politischen und wirtschaftlichen Systems führt, freundlich formuliert, zu ernüchternden Befunden. Und einmal mehr drängt sich einem der Verdacht auf, dass die geradezu explosionsartige Vermehrung verfügbarer Informationsmedien die am Ende zurückbleibende Kenntnis nicht vermehrt, sondern eher verstellt.

Ich könnte das jetzt allein mit Blick auf den eigenen Geschäftsbereich mit einer Fülle deprimierender Beispiele verdeutlichen, die zur Illustration meiner Behauptung glänzend geeignet sind, für eine Festrede aber ganz gewiss nicht taugen. Immerhin macht alleine diese, wenn ich ihre mimische Begleitung meiner Ausführung richtig interpretiere, weitgehend geteilte Einschätzung schon deutlich, dass ein ganz wesentlicher Bestandteil politischer Bildung auch und gerade für die Zukunft in diesem Aufgabenfeld der Vermittlung von Kenntnissen und Informationen auch und gerade die Vermittlung von Medienkompetenz sein muss.

Wie geht ein aufgeklärter Staatsbürger mit den Informationen um, die ihn erreichen, und unter welchen Bedingungen erreichen sie ihn? Dazu gehört die zunehmende Dominanz ökonomischer Betrachtungsweisen für Alles und Jedes und natürlich auch und gerade für politische Entscheidungsprozesse.

Dass die Eigendynamik des deutschen Mediensystems keiner anderen einzelnen Logik stärker folgt als Rentabilitätskalkülen, ist nur schwer zu übersehen. Dies gilt leider auch immer mehr für den Bereich, der unter besonderen Bedingungen organisiert ist – nämlich öffentlich-rechtlich verfasste. Seitdem wir die, wiederum durch technische Bedingungen erzwungene und politisch dann realisierte Konkurrenz privater und öffentlich-rechtlicher Medien im Rundfunk- und Fernsehbereich haben, wird doch immer deutlicher, dass keineswegs nur die bewährten Standards öffentlich-rechtlicher Rundfunk- und Fernsehanstalten das Programmangebot später hinzutretender privater Anbieter prägen, sondern dass die Rentabilitätskalkülen geschuldete Quotenorientierung privater Anbieter die Programmstrukturen

öffentlich-rechtlicher Anbieter beeinflusst.

Das kann nicht folgenlos bleiben für die Frage, worüber diese Gesellschaft informiert wird und wie sie informiert wird. Richard von Weizsäcker hat vor vielen Jahren schon einmal von einer Umkehrung der Wichtigkeiten in unserer Gesellschaft gesprochen und damit gemeint, dass wir uns zunehmend in einer medialen Umgebung befinden, in der vorzugsweise – das ist jetzt aber meine Formulierung – über das berichtet werde, was nicht wichtig ist, während das, was wirklich Bedeutung hat, nicht oder nur nachrangig Gegenstand allgemeiner Beschäftigung ist.

Wie jede Pauschalbehauptung ist sie in der Verallgemeinerung falsch, dass sie völlig aus der Luft gegriffen sei, wird man schwerlich behaupten können. Übrigens schon gar nicht dann, wenn man das tatsächliche Informationsverhalten der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, welcher Staatsangehörigkeit auch immer, und die sich daraus zwangsläufig ergebenden Verhaltensdispositionen betrachtet.

In den letzten dreißig Jahren ist beispielsweise die tägliche Zeit für die Lektüre von Tageszeitungen kontinuierlich zurückgegangen, nicht spektakulär, aber kontinuierlich: von etwa 35 bis 40 Minuten vor dreißig Jahren auf jetzt deutlich unter 30 Minuten. Gleichzeitig hat sich die tägliche Fernsehzeit verdoppelt und die Glaubwürdigkeit des Fernsehens bei den Zuschauern zugenommen. Bei der in einer Studie gestellten Frage, welches Medium die Zuschauer als am glaubwürdigsten empfinden, rangiert das Fernsehen ganz oben – nach der alten subjektiven Wahrnehmung, dass das, was man gesehen hat, ja ganz offenkundig unzweifelhafter sein muss als das, was man schlicht und ergreifend liest oder hört. Und wenn allein eine einzige deutsche Tageszeitung einen täglichen Leserkreis hat, der ziemlich genau zwölfmal so groß ist wie der tägliche Leserkreis der sogenannten überregionalen Qualitätszeitungen bei ganz offenkundig höchst unterschiedlicher Wahrnehmung dessen, worüber man überhaupt und wie berichten sollte, dann gibt das mindestens eine Ahnung von dem, was das auch für politische Bildung bedeutet in der Beschreibung der Bedingungen, die sie antrifft, und der Vermittlungsaufgabe, die sie leisten muss.

Ich habe vorhin meine Eingangsvermutung, dass heute, 50 Jahre später, vieles leichter, manches aber deutlich schwieriger geworden sei, auch damit begründet, dass politische Bildung heute auf die Vermutung trifft, ein Kerngeschäft sei längst erledigt, nämlich die Sicherung von Freiheit und Frieden, und ein anderes sei hoffnungslos, nämlich die Sicherung von Wohlstand und Arbeitsplätzen und Einkommen und sozialer Sicherung.



Die erste wie auch die zweite Vermutung hat natürlich zu tun mit der grundlegenden Veränderung der Welt, in der wir leben, in der Grenzen immer weniger Bedeutung haben, in der die Nationalstaaten zwar nicht verschwunden sind und, wie das aktuelle Großereignis der Fußballweltmeisterschaft nahe legt, allein aufgrund eines ganz vitalen Identifikationsbedürfnisses von Menschen vermutlich auch so schnell gar nicht verschwinden werden. Während die Debatte über die Zukunftsperspektiven der Nationalstaaten geführt worden ist, die sich trotz dieser Debatte wacker halten, sind die Volkswirtschaften längst verschwunden. Es gibt keine Nationalökonomie mehr. Volkswirtschaften gibt es nur noch als Rechengrößen, aber nicht mehr als Handlungsfelder.

Kein relevanter Faktor im Wirtschaftsleben kann sich eine Begrenzung seiner eigenen Kalküle im Kontext von administrativ gesetzten Grenzen erlauben. Fast alle großen deutschen Aktiengesellschaften erwirtschaften inzwischen den größeren Teil ihres Umsatzes im Ausland und haben folgerichtig auch den größeren Teil ihrer Ar-

beitsplätze im Ausland. Mit heftigen Folgen, die sich damit sowohl für den Aktionsradius von örtlichen Betriebsleitungen wie auch von örtlichen Betriebsräten ergeben und mit heftigen Implikationen auch für die Gestaltungsspielräume für die Politik.

Dass die meisten Menschen mit diesen Veränderungen, die den Sammelbegriff Globalisierung gefunden haben, inzwischen mehr Ängste als Hoffnungen verbinden, kann nicht ernsthaft verwundern. Schon gar nicht, wenn man die Wahrnehmung mit ins Bild nimmt, dass die allermeisten sich mit vollem Recht dieser Entwicklung völlig hilflos gegenüber sehen. Wir müssen aber darauf Einfluss nehmen. Es wäre ja geradezu verrückt, ausgerechnet diese grundlegende Veränderung der Welt, in der wir leben, wie ein Naturschicksal über uns kommen zu lassen, um dann übrigens nicht selbst, sondern in der übernächsten Generation die Folgen besichtigen und sortieren zu lassen, die sich aus unserer Unwilligkeit oder Unfähigkeit ergeben haben, diesen Prozess zu gestalten.

Dies ist im Kern selbstverständlich eine politische Aufgabe und keine Aufgabe politischer Bildung. Aber dass politische Bildung die Vermittlung zwischen Theorie und Praxis zu leisten hat, genau solche Zusammenhänge erklären und vermitteln muss, bedarf, glaube ich, keiner ausführlichen Beweisführung. Übrigens gewinne ich immer mehr den Eindruck, dass gerade wegen dieses Empfindens einer ganz fundamentalen Hilflosigkeit das Orientierungsbedürfnis der Menschen deutlich gewachsen ist. Gerade weil immer mehr Menschen den im Kern ja auch zutreffenden Eindruck haben, dass sie sich irgendwo in einer Entwicklung befinden, die mit oder ohne ihre Mitwirkung stattfindet und auf deren Tempo und Richtung sie nahezu keinen Einfluss haben, wächst das Bedürfnis einen festen Platz zu haben, irgendwo im wörtlichen und übertragenden Sinne 'zu Hause' zu sein.

Deswegen ist übrigens jener Teil politischer Bildung wichtiger geworden, der in der Zwischenzeit mal, freundlich formuliert, keine besonders starke Konjunktur hatte: Wertevermittlung, Identitätsvermittlung. Zumal wir im Übrigen ja auch neue Einsichten zu gewinnen scheinen über die Bedingungen des Zusammenlebens moderner Gesellschaften, die in Zeiten fallender und gefal-

lener Grenzen notwendigerweise immer stärker multikulturell geprägte Gesellschaften sind, sein müssen und bleiben werden. Aber dass sich gerade unter diesen Bedingungen Integration, die alle wollen, sich nicht von selbst ereignet, sondern geleistet werden muss, und dass Integration Voraussetzungen braucht und dass wiederum diese Voraussetzungen für gelingende Integration erstens theoretisch reflektiert und zweitens politisch vermittelt werden müssen, das gehört zu den erfreulichen neueren Einsichten, die an immer mehr Stellen immer lauterem Ausdruck finden, darunter auch bei Leuten, die das vor ein paar Jahren noch deutlich anders gesehen haben.

Dabei wird immer klarer, dass jede Gesellschaftsordnung kulturelle Grundlagen hat. Der Kern jeder Verfassung ist Kultur. Punkt. Wir berufen uns gerne auf die Verfassung, wenn wir sagen, es besteht eigentlich gar kein Regelungsbedarf, denn das, was geregelt werden muss, steht doch in unserer Verfassung und ist in Gesetzen geregelt. Richtig. Und diese Gesetze gelten, wie die Verfassung, für jeden, der hier lebt. Auch richtig. Aber was wir zu lange übersehen haben, ist, dass Verfassungen nicht vom Himmel fallen. Und übrigens auch nicht im Himmel konserviert werden, wenn die Zeiten auf Erden turbulent werden. Verfassungen sind immer Ausdruck der Erfahrungen, die ein Land mit sich selbst gemacht hat, der Einsichten, die es gewonnen hat, der Überzeugungen, die in einer Gesellschaft Gültigkeit haben, der religiösen Glaubensorientierungen, die es gibt oder nicht gibt und die in einer Gesellschaft Bedeutung haben oder nicht Bedeutung haben. Aus all dem ergibt sich dann gewissermaßen als rechtsförmige Schlussfolgerung solcher Erfahrungen eine Verfassung.

Dieser nicht sonderlich aufregende Zusammenhang erklärt hinreichend, warum alle aufwändigen Versuche, glänzende Verfassungstexte in aufstrebende neue Länder zu exportieren, am Ende – freundlich formuliert – nicht wirklich überzeugend ausgegangen sind. Weil es eben die Voraussetzungen nicht in gleicher Weise gibt, die genau diese oder jene Verfassung in diesem oder jenem Land erfolgreich haben werden lassen. Und deswegen wünsche ich mir sehr, dass gerade diejenigen, die

politische Bildung professionell zu ihrem Anliegen gemacht haben, dieses Thema wieder stärker besetzen, um auch an dieser Stelle den Vermittlungsprozess zu befördern, den wir dringend zwischen Einsichten und gesellschaftlichen Wirklichkeiten brauchen.

Wenn im Übrigen, wie jetzt in diesen WM-Wochen zu beobachten, bestimmte Ereignisse, die im Kern nun wirklich nicht politischer Natur sind, sowohl Bedürfnisse wie Wahrnehmungen beschleunigen, dann will ich das nicht kritisieren, schon gar nicht dann, wenn mir die Richtung dieser Wahrnehmungen außerordentlich sympathisch erscheint. Ein so unkompliziertes Verhältnis zum eigenen Land, so unverkrampft weltoffen, selbstbewusst und tolerant zugleich, hat es in einer weltweit zu besichtigenden Weise in den ganzen 50 Jahren vorher nie gegeben, wie das rechtzeitig zu Ihrem Jubiläum jetzt organisiert worden ist.

Sepp Blatter, mit dem wir gestern Abend am Rande des Fußballspiels im Berliner Olympiastadion zusammen gesessen haben, hat so vom Turnierverlauf geschwärmt, dass wir darauf gewartet haben, dass er jeden Augenblick den Vorschlag macht, die FIFA erwäge ernsthaft, die Weltmeisterschaft überhaupt nur noch in Deutschland durchzuführen. Was, wenn Blatter diesen Vorschlag machte, einen doppelten Reiz hätte, weil ja fast jeder weiß, dass er, aus welchen Gründen auch immer, sie eigentlich nicht in Deutschland hatte durchführen lassen wollen.

Ich glaube also schon, dass es manches gibt, was wir neu sortieren müssen, dass wir uns bewusst sein müssen, dass es viele Dinge gibt, die ungleich komplizierter sind als sie früher waren, die im Ergebnis politische Bildung aber nicht weniger dringlich machen, vielleicht noch wichtiger als früher, und dass zu diesen veränderten Perspektiven noch mehr als in der Vergangenheit der Blick über die eigenen Landesgrenzen hinaus gehört – sowohl mit Blick auf die Verhältnisse im eigenen Lande und den sich hier ergebenden wirtschaftlichen und sozialen Veränderungsnotwendigkeiten als auch mit Blick auf die Veränderung, die wir gestalten müssen, wenn wir ihnen am Ende nicht schlicht zum Opfer fallen wollen.

Dieser eigenwüchsige Prozess einer globalen Verän-

derung führt jedenfalls nicht nur zu Ergebnissen, die sich selbst erklären. Dass heute die fünfzig größten Konzerne der Welt einen deutlich höheren Umsatz haben als die fünfzig kleinsten Länder der Welt als Sozialprodukt erstellen, lässt auch ohne sorgfältige ökonomische Analysen manchen Schluss über die Einflussverteilung in ökonomischen und politischen Zusammenhängen zu. Dass ein paar Hundertmillionen Westeuropäer und Amerikaner Monat für Monat mehr Geld für ihre mobile Kommunikation ausgeben als Milliarden Menschen für ihren Lebensunterhalt zur Verfügung haben, deutet auf eine so dramatische Schiefelage in der globalen Verteilung von Einkommen, Vermögen und Zukunftsperspektiven hin, dass unter allen denkbaren Zukunftsszenarien das am wenigsten realistische die Vermutung ist, genauso könnte es bleiben.

Bei Carl Friedrich von Weizsäcker habe ich den Satz gelesen, das demokratische System, zu dem sich unser Staat bekennt, beruht auf der Überzeugung, dass man den Menschen die Wahrheit sagen kann. Das muss man sich Satz für Satz nicht auf der Zunge zergehen, sondern im Gehirn sortieren lassen: Das demokratische System, zu dem sich unser Staat bekennt, beruht auf der Überzeugung, dass man den Menschen die Wahrheit sagen kann. Zu dieser Einsicht gehört der nicht formulierte zweite Teil, dass es in der Logik eines Wettbewerbssystems liegt, dass die politisch Handelnden nicht immer und nicht nur und nicht immer nur vorrangig an der Vermittlung von Wahrheiten interessiert sind. Man muss wissen, dass es so ist, und es muss vermittelt werden, dass es so ist, weil der eigentliche Gegenstand von Politik Interessen sind, nicht Wahrheiten. Deswegen verbinde ich meine herzliche Gratulation zu 50 Jahren erfolgreicher Arbeit mit dem jedenfalls gut gemeinten, wenn auch in den konkreten Hinweisen vielleicht etwas diffusen Appell, diese Aufgabe weiter fortzusetzen, weiter ernst zu nehmen, aber so anders, so neu, so engagiert, so innovativ in den nächsten 50 Jahren aufzugreifen, wie es den Veränderungen entspricht, mit denen wir längst zu tun haben und über die wir uns hoffentlich mindestens darauf verständigen, dass wir sie nicht anderen überlassen, sondern selbst gestalten.



## Podium: Politische Kultur und gesellschaftliche Teilhabe – Zur Zukunft der Politischen Bildung

**Güner Balçi**

*Journalistin*

**Prof. Dr. Heinz Bude**

*Hamburger Institut für Sozialforschung*

**Dr. Regina Görner**

*Geschäftsführendes Mitglied des Vorstands der IG Metall*

**Thomas Krüger**

*Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung*

**Moderation: Helga Kirchner**

*Westdeutscher Rundfunk*

**Helga Kirchner:** Mein Name ist Helga Kirchner, von Beruf Journalistin, neben Frau Balçi, so glaube ich, heute die einzige im Saale und insofern sind wir wohl die beiden einzigen, die mit politischer Bildung allenfalls funktional und nicht intentional was zu tun haben.



Helga Kirchner, Güner Balçi: Vorbereitungsgespräch

Ich möchte Ihnen nun das Podium kurz vorstellen: Güner Balçi habe ich gerade schon erwähnt, sie ist Journalistin, gebürtige Berlinerin, arbeitet vornehmlich als freie Journalistin im Bereich des Fernsehens und ist aber gleichzeitig noch ehrenamtlich, oder wie man heute sagt, zivilbürgerschaftlich engagiert. Sie engagiert sich in einem Projekt, das ich besonders interessant finde

und das, wie ich glaube, auch für unseren Kontext nicht unwichtig ist, nämlich der Mädchentreff Madonna. Was es damit auf sich hat, wird Frau Balçi bei passender Gelegenheit einfließen lassen.



v.l.n.r.: Helga Kirchner, Dr. Heinz Bude, Güner Balçi,  
Thomas Krüger, Dr. Regina Görner

Der Höflichkeit halber sollte ich zunächst auch die zweite Frau im Podium nennen. Es ist Dr. Regina Görner, sie ist Geschäftsführendes Mitglied des Vorstandes der IG Metall. Insofern repräsentiert sie in diesem Podium eine wesentliche Säule der politischen Bildung und ein treibendes Element der Verbindung ARBEIT UND LEBEN. Sie war einige Jahre lang Ministerin im Saarland als Verantwortliche für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales. Sie war lange Zeit auch Referentin von Rita Süssmuth, sie ist unterwegs gewesen in gewerkschaftlicher Arbeit, auch beim DGB-Bundesvorstand. Was sie sonst an berufsbiografischen Erfahrungen mitbringt, das kann sie dann sicher gleich auch in ihren Redebeiträgen zum Ausdruck bringen.

Der nächste sitzt zu meiner Linken, das ist Prof. Dr. Heinz Bude, er ist Soziologe, gegenwärtig Professor für Makrosoziologie an der Universität Kassel und dem Hamburger Institut für Sozialforschung seit langem verbunden. Durch einschlägige Buchtitel hat er uns sozusagen das Verständnis der Soziologie als Zeitdiagnose eingegeben. Als Zeitdiagnostiker stattet er auch die politische Debatte mit Diagnosen aus. So hat er uns den Begriff der Arbeitnehmersgesellschaft für das Verständnis der Bonner Republik geschenkt, er hat uns auch die Berliner Republik mit einem neuen Gesellschaftstypus ver-

deutlicht. Die Perspektiven, die er in der Soziologie einnimmt, und die Befunde, die er entwickelt hat, werden ganz sicher unsere Diskussion lebendig machen.

Last but not least, ist sozusagen der Repräsentant der politischen Bildung von Staats wegen hier auf dem Podium, das ist Thomas Krüger, der Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung. Er ist der Ossi hier in unserem Kreise. Ich glaube, das darf man schon noch mal sagen, wenn man so auf die 50 Jahre schaut, weil wir eine ganze zeitlang auch getrennte Geschichte hatten. Herr Krüger kommt also aus der DDR, war Mitglied der nach der Wende frei gewählten Volkskammer, hat die SPD in der damaligen DDR mit begründet, war eine zeitlang Senator in Berlin, saß auch im Bundestag und ist jetzt seit dem Jahre 2000 Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung. Insofern ist er auch für die Administration und die Zuteilung von finanziellen Ressourcen auf dem Sektor der politischen Bildung nicht ohne Einfluss. Wenn Sie das anders sehen, Herr Krüger, widersprechen Sie sofort.

Gerne würde ich für diese Diskussion Ideen und Anregungen von Herrn Lammert aufnehmen, unsere Gäste aber doch zunächst noch mal bitten, aus der Perspektive, in der Sie in der politischen Bildung entweder tätig sind oder sie wahrnehmen, ihren Befund der gegenwärtigen Situation kurz zu skizzieren.

Ich würde gerne mit Frau Görner anfangen. Frau Görner, wir haben, das wissen Sie besser als ich, die schwierige Lage, dass immer mehr Menschen nicht in den Arbeitsmarkt kommen – vor allem junge Leute. Wir haben diese hohe Arbeitslosenquote und die Gewerkschaften hatten und haben immer noch damit zu kämpfen, dass ihre Klientel nicht mehr so zu ihr steht. Mitgliederschwund ist dafür das Stichwort. Gleichzeitig fühlt sich die Gewerkschaft schon immer der politischen Bildung verpflichtet. Das war mal Funktionärsbildung, aber man ist weitergekommen und erreicht auch andere. Die Geschichte von ARBEIT UND LEBEN zeugt davon. Wenn Sie auf die augenblickliche Situation schauen, wo denken Sie, sind momentan die größten Stärken auch gewerkschaftlicher Bildungsarbeit und wo sind aber auch die ganz schwierigen Punkte? Berührungspunkte wären für

mich das Problem der prekären Arbeitsverhältnisse und der Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt.

**Dr. Regina Görner:** Ich glaube, die geringsten Probleme bestehen in dem Bereich, den ich global mit Funktionärsbildung bezeichnen würde. Da gibt es entwickelte Strukturen, auch entwickelte Finanzierungsstrukturen. Bei Angeboten für Menschen, die noch nicht bei uns sind oder die Zugangsschwierigkeiten aus welchen Gründen auch immer haben, beispielsweise weil sie MigrantInnen sind und nicht die sprachlichen Voraussetzung haben, sehe ich doch erhebliche Schwierigkeiten.



Dr. Regina Görner

Mir macht aber überhaupt Sorgen, dass bei der gewachsenen Bedeutung, die der Faktor Bildung auch dank unseres Engagements in den letzten Jahren bekommen hat, die politische Bildung selbst in der öffentlichen Diskussion so gut wie keine Rolle mehr spielt. Statt dessen steht die funktionale Bildung im Bereich von beruflicher Qualifizierung eindeutig im Vordergrund. Dieser Bereich muss zwar aufgrund seiner Bedeutung anerkannt werden, aber dass die politische Bildung hinzukommt, scheint mir wichtig.

Die Frage ist, ob die Menschen tatsächlich die Zugänge zur politischen Bildung bekommen oder ob diese – soweit sie bestanden – nicht zunehmend verloren gehen. Die Aufrechterhaltung der Strukturen, zum Beispiel der Angebote der Volkshochschullandschaft, wäre dafür, über das hinaus, was wir selbst machen können, eine ganz zentrale Voraussetzung.

*„Die Frage ist, ob die Menschen tatsächlich die Zugänge zur politischen Bildung bekommen oder ob diese – soweit sie bestanden – nicht zunehmend verloren geben.“*

*Dr. Regina Görner*

**Helga Kirchner:** Man müsste natürlich auch schauen, ob die entwickelten Strukturen den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen. Ich würde gerne von Güner Balçi hören, wie sie die Angebote politischer Bildung einschätzt. Ich will Sie nicht als Repräsentantin der MigrantInnen in dieser Runde ansprechen, aber schon auch unter dem Aspekt, inwieweit sich mit den traditionellen, mit den herkömmlichen Formen politischer Bildung Migrantinnen und Migranten, vor allem junge Leute, junge Männer, junge Frauen, angesprochen fühlen. Sehen Sie da Nachholbedarf, und wo sehen Sie vielleicht auch Schwächen der bisherigen Ansprache.

**Güner Balçi:** Ich nehme mal als Beispiel den Mädchentreff Madonna. Politische Bildung war für uns immer dann wichtig, also wenn wir mit dem Wannseeforum Veranstaltungen mit unseren Mädchen und Jungen gemacht haben. Wir kooperieren seit vielen Jahren und die MitarbeiterInnen des Wannseeforums kennen unsere Einrichtung im Herzen Neuköllns und haben sie aufgesucht. Es gab also einen unmittelbaren Kontakt, um diese Kinder und Jugendlichen dazu zu motivieren, an der politischen Bildung teilzunehmen. Gleichzeitig mussten wir feststellen, dass es immer ein sehr schwieriger und mühsamer Akt war, wenn ich zum Beispiel an die Vorbereitung des jährlichen Jugendforums denke, wo unsere Einrichtung die einzige war, die mit Kindern und Jugendlichen aus der

Unterschicht teilgenommen hat und die dabei ein mehr oder minder politisches Interesse entwickelt haben.

Es ist ein absoluter Mangel, dass Jugendliche aus der Unterschicht überhaupt nicht erreicht werden. Ein großes Problem ist, dass Bildung keinen großen Stellenwert mehr hat, weil die Kinder von ihren Eltern vorgelebt bekommen, dass es keine Arbeit gibt. Es herrscht Resignation in diesen Kreisen, und das betrifft nicht nur die Migrantenfamilien, sondern auch die deutschen Unterschichtfamilien. Das war schon immer so, hat aber zugenommen. Das habe ich selbst beobachten können in diesem Kiez in Neukölln. Was man im übrigen auch übergreifend für Berlin sagen kann, ist, dass in den letzten 20 Jahren das Interesse an Bildung sehr stark abgenommen hat und dass dort, wo es noch existiert, das Bestreben groß ist, einfach rauszukommen aus diesem Milieu.



Güner Balçi

Es fehlt an Angeboten, die die Lebensrealität dieser Menschen berühren. Da müssen wir ansetzen. Wir sind dabei gerade am Anfang, aber auf dem richtigen Weg, denn ich sehe, dass wir uns an diese fremde Kultur annähern, die ja schon viele Jahre in diesem Land ist. Politische Bildung wird dafür zunehmend wichtiger werden, gerade für diese Bevölkerungsschicht.

**Helga Kirchner:** Bitte richten Sie Ihr Augenmerk nochmals auf die Frage der Bildungsbeteiligung von Einwanderern und Leuten auch aus schwachen sozialen

Schichten in der deutschen Gesellschaft. Sie sagen, das ist ein wesentlicher Punkt, dass die bisherigen Angebote politischer Bildung nicht fruchten, soweit Sie das wahrnehmen können.

**Güner Balçi:** Ja, da kann ich auf meine persönliche Erfahrung zurückgreifen. Es ist immer sehr wichtig gewesen, dass es so eine Art der Durchmischung gab, indem in bestimmten Bezirken oder Stadtteilen die Mittelschicht mit der Unterschicht lebte und man sich so auch aneinander angepasst, bzw. voneinander gelernt hat. Aber mittlerweile ist es ja leider so, dass wir viele Schulen in Deutschland haben, gerade auch in Berlin, achtundvierzig sind das, wenn ich mich nicht irre, in denen es einen Migrationsanteil von über 80 % gibt.

*„Es ist ein absoluter Mangel, dass Jugendliche aus der Unterschicht überhaupt nicht erreicht werden.“*

Güner Balçi

Was nicht bedeuten soll, dass es schlechtere Schulen sind, was aber schon bedeutet, dass diese Schulen und dieses Personal einfach vor ganz anderen Schwierigkeiten stehen und wir damit auch eine ganz neue Situation haben. Also zu meiner Schulzeit gab es das so nicht, das heißt, es war relativ selbstverständlich, dass man eine gemischte Klasse war und dass man Deutsch gesprochen hat. Das war überhaupt kein Thema. Das hat sich jetzt sehr stark verändert und damit auch die Schwierigkeit für die Schülerinnen und Schüler, einen guten Abschluss zu bekommen.

*„Es fehlt an Angeboten, die die Lebensrealität dieser Menschen berühren.“*

Güner Balçi

Heute haben wir immer mehr MigrantInnen und Migranten, Jugendliche vor allem, die keinen oder einen schlechten Schulabschluss haben, die arbeitslos und perspektivlos sind. Wir müssen uns jetzt neue Konzepte für die Schulen einfallen lassen, nicht nur aufgrund der Tatsache, dass es das Phänomen der Gewalt an Schulen

gibt. Wir haben eine neue Situation an den Schulen und wir brauchen neue Ideen und neue Konzepte. Dann können wir auch weiterdenken in Blick auf politische Bildung.

*„Heute haben wir immer mehr MigrantInnen und Migranten, Jugendliche vor allem, die keinen oder einen schlechten Schulabschluss haben, die arbeitslos und perspektivlos sind.“*

Güner Balçi

**Helga Kirchner:** Herr Krüger, ich habe Sie soeben als denjenigen ausgewiesen, der politische Bildung hier quasi von Staats wegen repräsentiert. Wenn Sie aus der Perspektive der Bundeszentrale für politische Bildung das gegenwärtige Tätigkeitsspektrum und die Wirkung politischer Bildung einschätzen, zu welchem Befund kommen Sie da, wo sind die Leistungsschwerpunkte und wo sind die Defizite?



Thomas Krüger

**Thomas Krüger:** Also zunächst: Im internationalen Vergleich ist politische Bildung in Deutschland hervorragend ausgestattet und verfügt über eine einmalige Infrastruktur. Wenn man will, kann man die Geschichte der Bundesrepublik auch als eine Geschichte der politi-

schen Bildung begreifen. Anfang der 50er Jahre, vor allem in dem Bemühen um Re-education, hat Demokratieerziehung im weiteren Sinne zum Selbstverständnis der Republik unglaublich viel beigetragen. Politische Bildung ist ein Stück weit zur Geschichte der Bundesrepublik geworden und hat immer wieder auf verschiedene Herausforderungen reagieren können, weil die Infrastruktur vorhanden war und weil es die Ressourcen gab.

Ich befürchte allerdings, dass politische Bildung über die Jahre zu einer Veranstaltung geworden ist, die sich zu sehr selbst genügt. Damit meine ich, dass politische Bildung, da wo sie stattfindet, eine Art Stammpublikum herausgebildet hat, das sich jeweils gegenseitig der Relevanz und Bedeutung der politischen Bildung versichert. Aber an die entscheidenden Herausforderungen der gesellschaftspolitischen Entwicklung ist politische Bildung immer weniger herangekommen. Es gibt aber allerdings auch positive Ausnahmen.

Ich nenne zwei Punkte: Politische Bildung war über Jahrzehnte in Deutschland eine migrantenfreie Zone. Das hat auch mit der Entstehung politischer Bildung zu tun. 1952 stand im Erlass der Bundeszentrale für politische Bildung, dass sich politische Bildung an das deutsche Volk zu wenden hat. Das hat sich erst 2000 geändert. Erst in diesem Jahr hat man mit einer neuen Formulierung im entsprechenden Erlass deutlich gemacht, dass politische Bildung sich an die gesamte Bevölkerung in Deutschland zu wenden hat. Inzwischen aber gibt es, wenn man so will, auch einen europäischen Bildungsmarkt. An wen sich eigentlich politische Bildung heute wenden soll, lässt sich also gar nicht mehr ganz klar abgrenzen.

Der zweite Punkt, der uns immer wieder auch als Feedback aus dem politischen Raum entgegenschlägt, ist, dass politische Bildung wenig Wirkung, ich will es mal vorsichtig sagen, in politikfernen oder bildungsfernen Milieus erzeugt. Das muss uns beunruhigen. Es beunruhigt uns, dass die Disziplin der politischen Bildung eigentlich da, wo sie am meisten gefordert ist, anscheinend am wenigsten Wirkung entfaltet. Das ist eine ganz wesentliche Schwäche aus meiner Sicht. Deswegen muss man neue Strategien, neue Bildungs- und Wis-

sensformate entwickeln und die Zielgruppen politischer Bildung in unserer Zeit neu definieren und das alles bei insgesamt knapper werdenden Ressourcen.

Dass dies aber möglich ist, lässt sich anhand verschiedener Aktivitäten veranschaulichen. Ich nehme jetzt einmal ein Beispiel aus dem schulischen Bereich: Schule ohne Rassismus zum Beispiel ist eine sehr wichtige Initiative, die auf die Teilhabe von jungen Leuten selber setzt und die sich an die Peergroups in den jeweiligen Zielgruppen wendet, an die Multiplikatoren unter Jugendlichen. Ein gleichaltriger Jugendlicher besitzt oft viel mehr Glaubwürdigkeit als eine Lehrerin oder ein Lehrer oder ein Dozent der Erwachsenen- oder Jugendbildung, also glaubwürdiger als die klassischen Vermittler politischer Bildung. Hier müssen wir uns alle neuen Herausforderungen stellen.

*„Es beunruhigt uns, dass die Disziplin der politischen Bildung eigentlich da, wo sie am meisten gefordert ist, anscheinend am wenigsten Wirkung entfaltet.*

[...]

*Dass dies aber möglich ist, lässt sich anhand verschiedener Aktivitäten veranschaulichen.“*

Thomas Krüger

Damit habe ich eine weitere, große Schwäche angesprochen, das ist die schulische politische Bildung. Wir können den Abschwung der politischen Bildung auf verschiedenen Ebenen in den Schulen beobachten. Im Fächerkanon und in den Curricula wird politische Bildung seit Jahren zurückgedrängt und wird überformt von anderen Inhalten. Aktuell ist es vor allem die ökonomische Bildung, die sich über die politische Bildung legt und ihr einen Teil der Ressourcen abspenstig macht, obwohl doch jeder politische Bildner und jede Bildnerin in der Bundesrepublik weiß, und das eigentlich auch viel lauter weiter erzählen müsste, dass ökonomische Bildung Teil der politischen Bildung sein muss. Aber man sieht, dass es um Auseinandersetzungen und um Ressourcen

geht. Hier muss sich politische Bildung viel offensiver um die Gestaltung der schulischen Infrastruktur kümmern.

**Helga Kirchner:** Bei den Schwächemomenten nannten Sie vorhin Migrantinnen und Migranten. Gab es nicht auch lange Zeit eine Schwäche gegenüber den Frauen und Mädchen in der politischen Bildung? In der traditionellen Aufstellung politischer Bildung war die Geschlechterfrage doch lange Zeit auch eher vernachlässigt.

**Thomas Krüger:** Ja, das war in der Tat so. Man kann an diesem Beispiel aber sehr gut zeigen, dass politische Bildung sich als reformfähig gezeigt hat und Genderaspekte in der politischen Bildung über die Jahre hinweg in die Agenda der Träger der politischen Bildung und auch in die Landeszentralen und in die Bundeszentrale eingedrungen sind.

**Helga Kirchner:** Herr Bude, als soziologischer Zeitdiagnostiker und kenntnisreich auf dem Gebiet der politischen Bildung im Spannungsfeld von Politik, von Ökonomie, von Anforderungen des Arbeitslebens und den emanzipatorischen Ansprüchen, die traditionell von Arbeiterbewegung und politischer Bildung vertreten werden – wie lautet Ihr Befund?

**Dr. Heinz Bude:** Die alte Botschaft der politischen Bildung beruhte auf einer Zusammenführung der Tradition der Arbeiterbildung mit dem Re-education-Auftrag nach 1945. Das war die Kernbotschaft der politischen Bildung in einer „langen Nachkriegszeit“. Das war ein sehr erfolgreiches Programm und wir können jetzt sagen, die Re-education-Phase ist abgeschlossen. Wir sind ein Teil des Westens. Auch die Fußballweltmeisterschaft zeigt, dass es da kein Problem mehr gibt.

Der zweite Punkt ist, dass die große Tradition der Arbeiterbildung, mit ihrem Ziel, die reichhaltige Kultur, vor allen Dingen die sozialdemokratische Bildungskultur, die in Form einer negativen Integration im Kaiserreich vorhanden war, Schritt für Schritt in eine Staatsförmigkeit der Bildung zu integrieren, abgeschlossen ist. Dies ist nicht mehr weiter zu programmieren.

Jetzt ist eine neue Botschaft für die politische Bildung vonnöten, die den Wirklichkeiten gerecht wird, mit denen wir heute zu tun haben. Zwei Seiten dieser veränderten Wirklichkeit haben wir schon ganz deutlich angespro-

chen: Wir befinden uns nicht mehr im ethnisch-homogenen Milieu, was die politische Bildung betrifft, und wir haben zu tun mit der Tatsache der wachsenden Erwerbs- und Bildungsbeteiligung der Frauen. Vor allen Dingen in Westdeutschland, in Ostdeutschland gibt es da ein paar Lecks, aber die werden sich auch wieder schließen. Erst war die Beteiligung höher, jetzt ist sie niedriger.



Helga Kirchner, Dr. Heinz Bude

Dann ist da natürlich die Veränderung innerhalb der Arbeit, die auch schon angesprochen wurde. Die ist außerordentlich interessant, weil wir nämlich eine Veränderung der funktionalen Arbeitsteilung haben in der Weise, dass die wissens- und dienstleistungsbasierten Elemente der Arbeit, die zweifellos wichtiger werden, sich abkoppeln von anderen Teilen der Arbeit. Das ist der ganze Bereich der einfachen personenbezogenen Dienstleistungen, der auch die Fragen der Loyalitätserbringung aufwirft. Darauf bezieht sich der heute in den Vordergrund tretende Begriff der sozialen Exklusion. Haben wir es nicht mit einer wachsenden Gruppe von Leuten zu tun, die den Eindruck gewinnen müssen, dass der Mainstream der Gesellschaft an ihnen vorbeigeht?

*„Jetzt ist eine neue Botschaft für die politische Bildung vonnöten, die den Wirklichkeiten gerecht wird, mit denen wir heute zu tun haben.“*

*Dr. Heinz Bude*

Das heißt, wir hätten ausgehend von einer schärfer werdenden „funktionalen“ Spaltung innerhalb der Welt der Arbeit eine Spaltungsbewegung zu konstatieren zwischen den Bestrebten und Wissensbereiten und den immer müder werdenden, die das Gefühl haben, dass es auf sie eigentlich nicht mehr ankommt. Damit wird eine Kernfrage der neuen Botschaft der politischen Bildung angesprochen: dass man nach der Leitvorstellung Arbeiterbildung plus Re-education jetzt eine Vorstellung von politischer Bildung neu bestimmen muss, die sich Gedanken macht über die Frage, was ist eigentlich das, wofür die Allgemeinheit aufzukommen hat, auch im Bereich von Teilhabe, und was ist das, was wir vom Einzelnen auch in schwierigen Situationen verlangen können.

*„Haben wir es nicht mit einer wachsenden Gruppe von Leuten zu tun, die den Eindruck gewinnen müssen, dass der Mainstream der Gesellschaft an ihnen vorbeigeht?“*

*Dr. Heinz Bude*

Das läuft alles darauf hinaus, dass es so eine Idee von selbstbefähigendem Lernen braucht, was eine außerordentlich komplizierte Angelegenheit ist, weil es ein nicht nur rein wissenschaftlich orientiertes Lernen ist. Es geht dabei um Empowerment, also ein Lernen, das die Befähigung enthält, sein eigenes Leben meistern und wieder in die Hand nehmen zu wollen. Das scheint mir für die politische Bildung eine ganz große Aufgabe zu sein. Jetzt gibt es aber eine Gefahr. Man darf sich nicht nur um die Müden kümmern!

Wir haben eine kleine Untersuchung mit Berufsschullehrern gemacht. Die reden von 20 % Ausbildungs-

müden in den Berufsschulen. Das heißt, dass sie Jugendlichen Angebote machen können, wie sie wollen, die haben kein Interesse daran. Wie kommt man eigentlich an diese fehlende Bereitschaft, wie kommt man an die Müden ran, die für sich das Gefühl haben, sie haben sowieso keine Perspektive?

*„Es geht dabei um Empowerment, also ein Lernen, das die Befähigung enthält, sein eigenes Leben meistern und wieder in die Hand nehmen zu wollen.“*

*Dr. Heinz Bude*

Aber wie gesagt, man darf dabei aber die Bestrebten nicht aus den Augen verlieren. Das war eine klassische Klientel der politischen Bildung von der Volkshochschule bis zur Arbeitsgemeinschaft ARBEIT UND LEBEN. Die politische Bildung hat immer auch Angebote für die Bestrebten gemacht, die weiterkommen wollten, die ihren Anspruch an die Gesellschaft dazu darstellen wollten. Ich glaube, das ist die neue Botschaft für die politische Bildung,

Ermöglichen des Lernens für die Müden und Angebote für die Bestrebten zusammenzuführen in einer Idee, die deutlich Auskunft darüber gibt, wofür ist die Allgemeinheit bereit noch Sorge zu tragen, und was darf sie im Sinne auch berechtigter Anstrengung, vielleicht sogar im Sinne von zumutbaren Übeln, vom Einzelnen verlangen. Wenn diese Grundbotschaft in der politischen Bildung nicht da ist und wenn sie nicht weiß, dass das der Kern sein muss, auf den hin sie sich orientieren muss, dann bin ich ein bisschen skeptisch, ob sie all diese Probleme in der Zukunft lösen wird.

**Helga Kirchner:** Aber ist Empowerment soviel anderes als die Befähigung zur demokratischen Teilhabe, die eine demokratische Gesellschaft, die in einem demokratischen Verfassungsstaatswesen lebt, braucht?

Frau Görner hatte sich, während Sie sprachen, gemeldet.

**Dr. Regina Görner:** Es gibt einen entscheidenden Unterschied zwischen dem, was Bildung, politische Bildung, in der Vergangenheit für Menschen darstellen konnte und was sie heute darstellt. Da ist die Tatsache, dass der unmittelbare individuelle Nutzeffekt nicht mehr in der Weise erkennbar ist, wie das früher den Jugendlichen, etwa Ende der 60er Jahre, erkennbar war. Wer sich anstrengte, wer zusätzlich Qualifikation sammelte, wer einen Überblick bekam, hatte damit die Aussicht auf Aufstieg.

Heute ist es die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass man überhaupt Zugang zum System erhält. Das ist eine grundsätzliche Veränderung in dem Stellenwert, der Bildung für die Menschen hat. Für die Gruppe, die Sie als die Müden bezeichnet haben, ist schon diese Hürde deprimierend hoch.

Die Reaktion ist dann häufig Resignation. Die Resignation hat aber auch mit der Art und Weise zu tun, wie Bildung, auch politische Bildung, auf die Betroffenen zugeht. Solange politische Bildung sich in erster Linie als Verkünder von Wahrheiten versteht, die man in irgendeiner Weise in die Köpfe von Jugendlichen oder Erwachsenen hineinprojiziert, wird dieses Problem nicht lösbar sein.

Die Frage ist, ob es nicht ganz andere Zugänge geben kann, die im Ernstnehmen der Interessen des individuellen Bildungswilligen oder vielleicht auch noch Bildungsunwilligen besteht. Im Bildungssystem werden immer noch zu wenig Anstrengungen gemacht, die Menschen wirklich da abzuholen, wo sie stehen. Ich würde mir wünschen, dass das eine größere Rolle spielen wird.

Sie haben eben sehr schön deutlich gemacht, dass die politische Bildung, wie wir sie zumeist vorfinden, die Lebenswirklichkeit einer ganz bestimmten Schicht der Bevölkerung gar nicht abbildet, sie allenfalls als Analyseobjekt verwendet, aber nicht wirklich ernst nimmt. Da muss ein Umdenken passieren, auch in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Solange beispielsweise die Theoretiker festgelegt haben, was die Interessen der Menschen sind, man diese aber selbst nicht fragen durfte oder nicht fragen wollte, muss man sich nicht wundern, wenn die Menschen irgendwann sagen: Meine Interessen sind da nicht mehr aufgehoben.

**Helga Kirchner:** Aber sind es nicht nur die Interes-

sen, sondern auch die Erwartungen, dass von vielen Leuten die Situation als hoffnungslos gesehen wird, dass man zum Thema Arbeit und Arbeitsplätze, zur Frage der Zugangsmöglichkeit zur Arbeit in diesem nationalen Rahmen praktisch überhaupt keine Lösungen mehr erwartet, weil man glaubt, dass das im globalen Strom eben von anderen Mächten abhängt? Wenn dann im Bildungssystem hochselektiv die soziale Schichtung nochmals verfestigt wird, wie sollen diejenigen, die von der Hauptschule mit oder ohne Abschluss auf den Markt kommen und eigentlich keine Möglichkeit haben, ihr Arbeitsvermögen ausbilden zu lassen, reagieren?

**Dr. Regina Görner:** Das ist ja von der generellen Analyse her überhaupt nicht falsch, nur stellt sich die Frage, welche Botschaften senden wir in diesem Zusammenhang eigentlich an diese Jugendlichen.

*„Im Bildungssystem werden immer noch zu wenig Anstrengungen gemacht, die Menschen wirklich da abzuholen, wo sie stehen. Ich würde mir wünschen, dass das eine größere Rolle spielen wird.“*

*Dr. Regina Görner*

**Helga Kirchner:** Das ist ja kein Thema der politischen Bildung

**Dr. Regina Görner:** Nein, nicht allein der politischen Bildung, aber es zeigt sich auch in der politischen Bildung. Die Frage, ob ein Jugendlicher für sich erkennen kann, dass die Anstrengung, sich beispielsweise über politische Zusammenhänge zu informieren, dazu führt, dass er hinterher darauf z.B. auch Einfluss nehmen kann. Lohnt es sich für ihn, sich zu beteiligen? Das hängt auch davon ab, wie politische Bildung tatsächlich Inhalte vermittelt, mit welchen Methoden sie herangeht und ob sie das erklärte Ziel hat, Jugendlichen Mut zu machen, es zu versuchen. Ich glaube, dass das nicht immer im Vordergrund stand.

**Helga Kirchner:** Sie sprechen also von Handlungsorientierung mit der Möglichkeit, sich als handelndes

Objekt dann auch einbringen zu können. Herr Krüger, Sie hatten sich gemeldet, und Herr Bude hatte, während ich gesprochen hatte, ziemlich heftig mit dem Kopf geschüttelt, weil er meine Behauptung nicht stichhaltig fand, wie ich vermute. Das wird er gleich sagen. Herr Krüger.

**Thomas Krüger:** Ich möchte noch einmal auf die These von Herrn Bude zurückkommen, weil sie mir zwar theoretisch stichhaltig scheint, aber in gewisser Weise die Praxis der politischen Bildung nicht richtig trifft. Wenn ich sehe, was heute in Bildungsstätten, bei Bildungsträgern, in der Bundeszentrale für politische Bildung passiert, dann ist dieser Paradigmenwechsel, den Sie beschrieben haben, seit Jahren, nicht erst seit gestern, Praxis, weil man natürlich auch aufgrund der Defizite, auf die man dabei stößt, sich diese Fragen permanent und täglich stellt. In Verbindung mit Ressourcenentzug ist es quasi eine permanente Herausforderung, sich selbst neu zu erfinden, sich selbst neu zu verorten.

*„In Verbindung mit Ressourcenentzug ist es quasi eine permanente Herausforderung, sich selbst neu zu erfinden, sich selbst neu zu verorten.“*

*Thomas Krüger*

Wenn Sie sich die Leitbilder der Träger der politischen Bildung anschauen, werden Sie Formulierungen finden wie ‘politische Bildung versteht sich als Motor der Zivilgesellschaft, als Aktivator’, also als eine Disziplin, die sich dieser Grenzziehung, auf die sie vor allem in den 90er Jahren gestoßen ist, bewusst geworden ist und versucht, daraus Konsequenzen zu ziehen.

ARBEIT UND LEBEN als Trägerverbund ist ein hervorragendes Beispiel dafür, weil die Arbeit gerade mit sogenannten politikfernen Zielgruppen oder auch Migrantinnen und Migranten in diesem Trägerverbund eines der qualitativen Merkmale ist, im Unterschied übrigens zu vielen anderen Trägern. Ich finde es ein bisschen unvorsichtig, jetzt aus theoretischer Sicht ein Paradigma vorzuschlagen, was zwar in der praktischen Arbeit vielleicht

nicht so formuliert worden ist wie Sie es formuliert haben, aber in der praxisevidenten Zielrichtung längst Alltagspraxis ist.



Thomas Krüger, Dr. Regina Görner

Ich sehe eine andere Herausforderung: Wie schafft man es, diese müden, bildungsmüden Jugendlichen zu aktivieren. Ist es tatsächlich noch das Seminar, quasi die Wortveranstaltung, die noch weiterhilft, oder muss man nicht zum Beispiel mit Computerspielen und Fernsehen arbeiten. Wenn ich mir anschau, was das Unterschichtenfernsehen mittlerweile für sein Stammpublikum bereit hält, selbst das öffentlich-rechtliche Fernsehen mit diesen Gerichtsshows und diesen ganzen Geschichten, das sind alles potenzielle Veranstaltungen der politischen Bildung.

*„ARBEIT UND LEBEN als Trägerverbund ist ein hervorragendes Beispiel dafür, weil die Arbeit gerade mit sogenannten politikfernen Zielgruppen oder auch Migrantinnen und Migranten in diesem Trägerverbund eines der qualitativen Merkmale ist [...]“*

*Thomas Krüger*

Man ist sich dessen nur noch nicht bewusst und hat keine Qualitätsmaßstäbe diskutiert, aber das sind Veranstaltungen, die laufen. Die sind auf Bildungsgeschich-

ten überhaupt noch nicht abgestellt. Da sind Ansatzpunkte der politischen Bildung weiter zu denken, um an die Klientel heranzukommen, mit den Menschen zu arbeiten, sie aus ihrer Müdigkeit herauszubringen.

Sehr geehrter Herr Bude, ich glaube, das werden Sie mit Formeln nicht schaffen. Sie werden das auch nicht schaffen mit klassischen Formaten der politischen Bildung, sondern Sie müssen neue Wege gehen, Sie müssen politische Bildung neu erfinden. Und das passiert auch schon.

**Helga Kirchner:** Also beim Fernsehen redet man ja schon etwa von Coachingprogrammen, da sind ja die Formaterfinder uns allen schon weit voraus.



Helga Kirchner, Dr. Heinz Bude

**Dr. Heinz Bude:** Es gibt zwei Dinge, bei denen ich doch starken Einspruch erheben muss, nämlich erstens was den Begriff der Zivilgesellschaft betrifft und zweitens was das Fernsehen betrifft. Es gibt eine Reihe Untersuchungen über die Engagementbereitschaft von gefährdeten Jugendlichen, die auf den Punkt rauslaufen, dass der Charismabedarf bei den politischen Bildnern und Bildnerinnen steigt. Man kann nur dann Zutrauen weitergeben, gerade an die Müden, wenn man sich selber etwas zutraut und wenn man eine Vorstellung davon hat, was die Chancen und Risiken unserer Gesellschaft sind. Die Idee der Zivilgesellschaft verdeckt diese Problematik. Sie sagt, Hauptsache man ist beteiligt am Ganzen, das ist es. Nein, das ist zu wenig an Botschaft. Die Botschaft muss weitergehen und deutlich machen, was die Chancen

sind, die man hier hat, aber auch, was sind Dinge, auf die man sich einlassen muss.

*„Es gibt eine Reihe Untersuchungen über die Engagementbereitschaft von gefährdeten Jugendlichen, die auf den Punkt rauslaufen, dass der Charismabedarf bei den politischen Bildnern und Bildnerinnen steigt.“*

*Dr. Heinz Bude*

Ich nehme den alten Begriff der Anstrengung. Welche Anstrengung muss man unternehmen, um Teilhabe zu erbringen. Teilhabe ist nicht nur eine Frage der Gewährleistung an Teilhabe, sondern Teilhabe ist auch eine Anstrengung, eine anstrengende Angelegenheit. Und jemandem deutlich zu machen, dass das Sinn hat, sich dafür anzustrengen, geht, sehr simpel ausgedrückt, über so etwas wie persönliche Glaubwürdigkeit.

**Helga Kirchner:** Also Ihre Vorstellung der alten politischen Bildung ist die des Paternalismus.

**Dr. Heinz Bude:** Nein, nicht Paternalismus.

**Helga Kirchner:** Nicht? Dann verwechsle ich das was.

**Dr. Heinz Bude:** Ja, es geht um die Idee, dass es eine orientierende Vorstellung in diesem ominösen Zivilgesellschaftsbegriff gibt. Ich habe den Eindruck, dass uns ein bisschen das Vokabular für diese orientierenden Muster fehlt. Man spricht dann schnell von Werten, das ist auch wieder so ein deutscher Begriff, der mir auch nicht so sehr viel weiterhilft. Tugenden sind, da bin ich in der Tat angelsächsisch, für mich ein wichtigerer Begriff als Wert.

Die Frage nach einer Lehre der Tugenden in der politischen Bildung, die übrigens in der amerikanischen und englischen Sozialphilosophie im Augenblick sehr en vogue ist, schien mir sehr viel sinnvoller zu stellen als mit semantisch sehr offenen Begriffen wie dem der Zivilgesellschaft zu operieren. Das ist zu wenig, das ist auch für die Leute zu wenig, die vor dieser Charismaanforderung

stehen in der Tagtäglichkeit der politischen Bildung.

*„Die Frage nach einer Lehre der Tugenden in der politischen Bildung, die übrigens in der amerikanischen und englischen Sozialphilosophie im Augenblick sehr en vogue ist, schien mir sehr viel sinnvoller zu stellen als mit semantisch sehr offenen Begriffen wie dem der Zivilgesellschaft zu operieren.“*

*Dr. Heinz Bude*

**Helga Kirchner:** Wir haben hier eine Empirikerin aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich, jedenfalls aus meiner Begrifflichkeit ist das Projekt, in dem Sie arbeiten, Frau Balçi, ein gesellschaftliches. Vielleicht können Sie zwischen diesen beiden Positionen, die sich hier kontrovers darstellen, Ihre Erfahrungen platzieren, um uns zu sagen, wie Sie da Wirklichkeit erleben.

**Güner Balçi:** In der Sozialpädagogik gibt es das Prinzip der niedrighwelligen und aufsuchenden Arbeit. Wir haben festgestellt, dass es ein Erfolgsprinzip ist, weil wir dadurch nicht nur die Müden erreichen, sondern auch die Menschen, die bildungsinteressiert, aber unwissend und ahnungslos bleiben, weil man sie einfach nicht erreicht. Wenn man dieses Prinzip streckenweise auch für die politische, für die außerschulische politische Bildung anwendet, könnte man auch andere Bildungsschichten erreichen.

Ich glaube nicht, dass ein Großteil der Menschen, die nicht erreicht werden, bildungsmüde ist. Ich bin überzeugt davon, dass diese Menschen auch ein Interesse haben, ihr Leben positiv zu gestalten. Die politische Bildung kann dazu ein sehr gutes Instrument sein, das Leben außerhalb der Schule positiv und auch bildungsorientiert zu gestalten.

Wir müssen neue Ideen und Konzepte entwickeln, gleichzeitig müssen wir auch schauen, wer diese Menschen sind, die diese Bildung vermitteln. Wie wir diese Menschen aufsuchen, und dass wir sie vor allen Dingen

abholen, von da, wo sie sind. Ich glaube, das ist ganz wichtig, weil dann erreichen wir sie auch direkt.

*„Ich glaube nicht, dass ein Großteil der Menschen, die nicht erreicht werden, bildungsmüde ist. Ich bin überzeugt davon, dass diese Menschen auch ein Interesse haben, ihr Leben positiv zu gestalten.“*

*Güner Balçi*

**Helga Kirchner:** Also, das Abholen und das Hingehen, da wo sie sind, finde ich auch sehr überzeugend, das ist ja nun eine Botschaft, die sich über Jahrzehnte hinweg etabliert hat. Herr Bude sagt, und das gebe ich jetzt auch Frau Görner und Herrn Krüger noch mal mit, man muss denjenigen klar sagen, worum es hier geht und was von ihnen erwartet wird, damit sie eine Perspektive für sich formulieren. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Bude, geht es darum, was sie selbst an Anstrengung zu unternehmen haben und was ihnen dann aber eben auch an Ergebnissen winkt. Frau Görner hatte sich gemeldet.

**Dr. Regina Görner:** Dazu gehört auch, dass Bildung nicht mit falschen Versprechungen arbeitet, die dann hinterher nicht realisiert werden können. Ich will aber vor allen Dingen noch mal gegen den Beteiligungsbegriff, der hier im Raum steht, etwas sagen. Es geht doch, wenn wir von Zugangs- und Beteiligungsmöglichkeiten reden, nicht nur darum, dass man sich auf einer Anwesenheitsliste eintragen kann, sondern mitgestalten kann. Da ist eben die Frage, ob das bei denen, die wir einladen möchten, das Angebot anzunehmen, die Erwartung weckt, dass man sich tatsächlich erfolgreich beteiligen kann.

Ich glaube, dass wir viel zu wenig positive Erfolgserlebnisse vermitteln. Wir kümmern uns viel zu wenig darum, dass auch diese Jugendlichen, die uns Sorgen machen, die mit Misserfolgen aus der schulischen Bildung kommen, einen Eindruck davon bekommen, dass sie etwas gestalten können. Ich glaube, da ist der pädagogi-

sche Impetus und auch das Charisma der Bildung in manchen Bereichen eher schädlich als nützlich, weil es unter Umständen Hürden so hoch legt, dass die Jugendlichen sich gar nicht mehr zutrauen, etwas zu können.

*„Wir kümmern uns viel zu wenig darum, dass auch diese Jugendlichen, die uns Sorgen machen, die mit Misserfolgen aus der schulischen Bildung kommen, einen Eindruck davon bekommen, dass sie etwas gestalten können.“*

*Dr. Regina Görner*

Ich stimme Ihnen zu in Ihrer Ablehnung dessen, was Fernsehen beispielsweise leisten kann, weil Fernsehen nach meiner Meinung eher die Passivität und das Ertragen von Dingen, die einfach über einen hinwegrollen, fördert und sehr wenig Einflussmöglichkeiten bietet. Das Problem ist deshalb immer noch, dass wir schöne pädagogische Angebote machen und Jugendliche erreichen, die diese Angebote gar nicht so dringend brauchen. Können wir eigentlich dokumentieren, dass wir an bildungsferne Schichten – wobei wir es im gewerkschaftlichen Bereich sicherlich leichter haben als andere – herankommen? Sind wir so attraktiv, dass jemand, der eigentlich mit uns überhaupt nichts zu tun haben möchten, trotzdem sagt, das wäre eine Sache, die mich reizen würde, bei der ich den Eindruck habe, dadurch gibt es irgendwie mehr in meinem Leben?

Als ich angefangen habe, mich mit außerschulischer Bildung zu beschäftigen, besaß die Chance, dass man eine Wochenendveranstaltung irgendwo in einem Bildungshaus weit weg haben konnte, allein schon ungeheure Attraktivität. Die Zeiten sind vorbei, es gibt soviel alternative Angebote, also müssen es andere Dinge sein, die man anderswo nicht bekommt.

**Helga Kirchner:** Dazu Frau Balçi direkt und dann Herr Krüger.

**Güner Balçi:** Ein Beispiel: Wir haben unseren Jugendlichen das Angebot gemacht, an Wochenendsemi-

naren teilnehmen zu können außerhalb ihrer Bezugsgruppen. Das war für sie hochattraktiv, weil sie endlich mal von zu Hause weg sein konnten. Was uns allerdings auch häufig daran hinderte, das Pensum einzuhalten, dass wir uns eigentlich vorgenommen hatten für dieses Wochenende.

Da hatte ich auch immer wieder festgestellt, dass Jugendliche in Deutschland, die bildungsinteressiert und engagiert sind, viele Möglichkeiten haben, sich politisch weiter zu bilden, auch außerhalb der Schule. Dass aber Jugendliche, die dieses Interesse noch nicht selbst entwickelt haben, auch große Barrieren überwinden müssen, wenn sie mit diesen Jugendlichen zusammen treffen.

Als Beispiel nenne ich eine Hauptschülerin aus Neukölln, sehr engagiert und durchaus auch bereit, Aufgaben zu übernehmen und ein ganzes Wochenende durchzuhalten, um gemeinsam mit anderen Jugendlichen aus Deutschland, vornehmlich aus Berlin, ein politisches Jugendevent zu organisieren. Die war dann plötzlich total gehemmt, weil sie mit der Situation konfrontiert war, zwar endlich mal ein Wochenende fernab der Familie verbringen zu können, dafür aber mit Leuten diskutieren musste, möglichst acht Stunden am Tag, denen sie einfach nicht gewachsen war, weil das alles Gymnasiasten waren. Da hatte sie dann Hemmungen und das ist halt ein großes Problem.

Ich sage damit nichts gegen diese Form der politischen Bildung. Gleichzeitig muss man aber schauen, was man mit den anderen macht, denn da ist echt ein Potenzial da. Davon bin ich absolut überzeugt. Die würden auch einen anderen Wind reinbringen. Das würde das gesellschaftliche Klima auch innerhalb dieser Diskussion verändern.

**Helga Kirchner:** Herr Krüger, ich weiß nicht, zu welchem Aspekt Sie sich eben gemeldet haben, das werden Sie jetzt sicher gerne selbst thematisieren.

Ich würde nur gerne einen Gedanken mit reingeben. Wir haben es ja mit Entwicklungen zu tun, bei der tendenziell nicht weniger Menschen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind und bleiben, sondern mehr. Es spricht vieles dafür. Jedenfalls haben wir eine hohe Anzahl, ungefähr 7 Millionen Arbeitslose, und das sind 7 Millionen

zuviel. Der Sockel der Dauerarbeitslosigkeit hat sich be-  
ginnend in den 70er Jahren immer weiter erhöht.

Den Betroffenen kann ich mit politischer Bildung  
nur bedingt aus ihrer Lage heraus helfen, ich kann ihnen  
vielleicht Handlungsorientierung geben, um ihre Situa-  
tion zu verbessern, insbesondere wenn ich sie auf  
Weiterbildungsangebote aufmerksam mache. Aber an  
den generellen ökonomischen Strukturen, die dafür ver-  
antwortlich sind, dass sie keine Arbeit kriegen, kann  
man nichts ändern.

Wir haben auf den Zusammenhang zwischen den  
Wirkungsmöglichkeiten von politischer Bildung auch auf  
die große Politik und auf die Ökonomisierung der Politik  
zu achten, um keine überschießenden Erwartungen auch  
an politische Bildung zu haben.

**Thomas Krüger:** Ich knüpfe an Frau Balçi an. Ich  
finde dieses Paradigma der niedrigschwelligen Arbeit  
sehr wichtig, denn wir kommen an die Zielgruppen, von  
denen wir gesprochen haben, nicht mit den klassischen  
Formaten politischer Bildung heran. Jeder der in der Pra-  
xis steht, wird das mehr oder weniger bestätigen.

In diesem Zusammenhang halte ich es für wichtig,  
die Bildungsstätte als Paradigma der politischen Bildung  
im Nachkriegsdeutschland neu zu erfinden. Was Sie als  
Beispiel mit den Neuköllner Jugendlichen genannt ha-  
ben, ein Wochenende in die Bildungsstätte zu gehen,  
das wird immer schwieriger in der konkreten Arbeit der  
politischen Bildung, weil sich in den 90er Jahren auf-  
grund des sich entwickelnden Bildungsmarktes und der  
geringeren ökonomischen Ressourcen der Refinanzie-  
rungsdruck auf die Bildungsstätten erhöht hat. Deshalb  
sind die Teilnahmebeiträge und die Tagessätze der Bil-  
dungsstätten sprunghaft angestiegen. Damit wird die  
Bildungsstätte sozusagen zementiert als Bildungseliten-  
veranstaltung.

Weil die Ressourcen nicht mehr zur Verfügung ste-  
hen, wird gerade die Neuerfindung der Bildungsstätte  
für niedrigschwellige Bildungsarbeit mit den Zielgrup-  
pen, die Bildung am meisten benötigen, immer schwie-  
riger. Das ist die andere Seite der Medaille in Bezug auf  
die Arbeit, die Sie hier beschrieben haben und die ich für  
absolut wichtig halte und die auch für die Legitimation

der Förderung politischer Bildung mehr und mehr Bedeu-  
tung gewinnt. Das hängt eben mit der Ökonomisierung  
und dem entstehenden Bildungsmarkt ganz wesentlich  
zusammen.

*„Weil die Ressourcen nicht  
mehr zur Verfügung stehen,  
wird gerade die Neuerfindung  
der Bildungsstätte für  
niedrigschwellige Bildungsarbeit  
mit den Zielgruppen, die  
Bildung am meisten benötigen,  
immer schwieriger.“*

Thomas Krüger

Zu Herrn Bude: Den Begriff Zivilgesellschaft werde  
ich in diesem Kontext in der Zukunft nicht mehr verwen-  
den, weil Sie dann mit dieser Keule jedes Argument erst  
mal totschielen können. Das mache ich jetzt, zur Revan-  
che, mit Ihrem Tugendbegriff. Und zwar will ich das ver-  
deutlichen an dem Überwältigungsverbot der politi-  
schen Bildung in der Bundesrepublik. Politische Bildung  
hat sehr gut daran getan, nicht zu indoktrinieren.

Orientierung zu vermitteln heißt, die eigene persön-  
liche Entscheidung zu determinieren, und dafür bin ich  
nicht zu haben. Dafür bin ich als Ossi, aber auch als De-  
mokrat und Bürger dieses Landes, nicht zu haben. Also  
angelsächsische Inputs gerne, aber da, wo sie ihre Gren-  
zen haben, haben sie ihre Grenzen.

*„Orientierung zu vermitteln  
heißt, die eigene persönliche  
Entscheidung zu determinieren.  
und dafür bin ich  
nicht zu haben.“*

Thomas Krüger

Da sollten wir unserer Disziplin auch selbstbewusst  
gegenübertreten. Schließlich haben wir uns in der poli-  
tischen Bildung eine Erkenntnis mühsam erarbeitet,  
nämlich dem Bürger, der Bürgerin selbst ein Urteil zu er-  
möglichen. Das heißt, man wird nicht auf Orientierung

verzichten müssen, aber die Entscheidung, welche der möglichen Orientierungen gewählt wird, ist nicht Sache des politischen Bildners, sondern ist Sache desjenigen oder derjenigen, die politische Bildungsveranstaltungen besuchen.

**Helga Kirchner:** Herr Bude hatte sich sowieso schon gemeldet, wahrscheinlich ahnend, dass Sie zurückschießen.

**Dr. Heinz Bude:** Damit Sie wissen, worüber ich rede. Ich meine zum Beispiel das Tanzprojekt der Berliner Philharmoniker 'Rhythm is it'. Das ist ein wunderbares Beispiel für das, was ich meine. Anforderungen, wie zum Beispiel die Leute aufsuchen, das ist überhaupt keine Frage, da brauchen wir wirklich nicht drüber zu diskutieren, aber was macht man dann? Es gibt eine Idee, es gibt eine Anstrengung. Es wird mit den Jugendlichen zusammen in der Arbeit ein Kriterium für gutes und schlechtes Erfüllen entwickelt. Es geht nicht nur darum, dass man sagt, schön, dass du auch mal was sagst. Es gibt auch die Idee, dass man was Falsches sagen, es gibt auch die Idee, dass man Dinge falsch machen kann.

Der Hintergrund bei mir ist die Idee des befähigenden Wohlfahrtsstaats, wie ihn Tony Blair entwickelt hat. Es geht mir um die Grammatik der Befähigung. Befähigung heißt nicht nur aufsuchen, heißt nicht nur da sein, heißt nicht nur ansprechbar sein, sondern heißt auch glaubwürdig machen können, dass sich Anstrengung lohnt. Nicht im Sinne, dass man irgendwie viel Geld verdient, sondern Anstrengung im Sinne der Selbstmeisterung des Lebens.

*„Es geht mir um die Grammatik der Befähigung. Befähigung heißt nicht nur aufsuchen, heißt nicht nur da sein, heißt nicht nur ansprechbar sein, sondern heißt auch glaubwürdig machen können, dass sich Anstrengung lohnt.“*

Dr. Heinz Bude

Also diese Struktur der Mutlosigkeit, übrigens die

müde Gesellschaft ist in der berühmten Marienthalstudie wunderbar beschrieben. Wie man da rankommt, das ist die eigentliche Aufgabe, also die Herausbildung von Kriterien des Tuns und Logiken der Anstrengung. Darum geht es, das sind eigentlich die Dinge über die ich rede.

**Thomas Krüger:** Also das, was 'Rhythm is it' bewirkt hat, passiert in der politischen Bildung seit Jahrzehnten. Das Wannseeforum für Jugendarbeit zum Beispiel ist seit Jahrzehnten auf dieser Baustelle aktiv. Mit Unterstützung hochprofessioneller Künstler werden kulturelle Produkte geschaffen, z.B. Filme inszeniert, die zum Gegenstand politischer Bildung gemacht werden.

*„Also das, was 'Rhythm is it' bewirkt hat, passiert in der politischen Bildung seit Jahrzehnten.“*

Thomas Krüger

Ihre Philosophie der Anstrengung und der Identifizierung mit dem, was da hergestellt wird, ist hier Praxis. Das braucht man also nicht neu zu erfinden. Insofern würde ich bei der Kritik an der Disziplin der politischen Bildung einfach zu etwas Vorsicht raten, weil der Methodenkanon der politischen Bildung mittlerweile sehr groß und sehr breit ist. Kulturelle Bildung, so wie sie als Philharmonikerprojekt mit einem Film und einem riesigen politischen Hype inszeniert wurde, das ist sozusagen Alltagspraxis der politischen Bildung, die immer wieder mit großem Erfolg auf die Tagesordnung gerufen wird.

Das sind dann keine großen Projekte, sondern Aktionen, die in die Stadtteile hineinwirken, in die Kommunen. Dabei entwickeln sie durch Erfolgserlebnisse eine Kraft dafür, Mühe und Anstrengung einbringen zu wollen. Das wird rückgekoppelt in ihren eigenen Alltag und bildet politischere Bürgerinnen und Bürger heraus.

Das ist Teil unserer Arbeit, das muss man uns nicht sagen, dass wir das machen sollen, was Herr Maldoom und Herr Rattle da praktiziert haben. Die waren mit einem Budget ausgestattet, das im übrigen dem Jahresbudget einer Bildungsstätte von ARBEIT UND LEBEN entspricht. Da muss man auch ein bisschen auf dem Teppich bleiben.

*„Kulturelle Bildung, so wie sie als Philharmonikerprojekt mit einem Film und einem riesigen politischen Hype inszeniert wurde, das ist sozusagen Alltagspraxis der politischen Bildung, die immer wieder mit großem Erfolg auf die Tagesordnung gerufen wird.“*

*Thomas Krüger*

**Helga Kirchner:** Wie schaffen wir es, denjenigen, die so schwer zu erreichen sind, deren Lebenslage prekär ist, und auch denjenigen, die von prekären Lagen bedroht sind oder sich bedroht fühlen, Angebote zu machen. Politische Bildung kann zwar nicht der Ausputzer sein für die anderen Agenturen, die da tätig sind, aber Angebote politischer Bildung zu machen, die die Selbstverabschiedung aus der Gesellschaft verhindern. Welche Wege kann politische Bildung da gehen. Welche Rolle kann beispielsweise auch gewerkschaftliche Bildungsarbeit da einnehmen.

Frau Görner, Sie haben eben deutlich gemacht, wie groß die Schwierigkeiten sind für eine etablierte Arbeitnehmerorganisation, überhaupt an die ranzukommen, die schon rausgefallen sind und deren Misstrauen oder die Distanz zu den Institutionen, zu denen auch die Gewerkschaften zählen, so groß ist, dass sie das gar nicht von denen erwarten.

**Dr. Regina Görner:** Wobei ich nicht den Eindruck habe, dass es in diesen Bereichen überhaupt irgendeine Erwartung gibt. Eine wesentliche Frage ist, ob wir es schaffen, Ressourcen freizuschaukeln für Dinge, deren unmittelbarer organisationspolitischer Nutzeffekt nur begrenzt erkennbar ist. Wir werden immer Mittel zur Verfügung haben, um zum Beispiel Jugend- und Auszubildendenvertreter zu qualifizieren, das ist nicht die Frage. Aber werde ich ein Projekt machen können, was der unmittelbaren gewerkschaftlichen Arbeit wenig oder nicht primär nutzt, das ist die Frage.

Das ist für jede Organisation in gewisser Weise ein

Problem, weil sie natürlich auch verpflichtet ist, mit den Ressourcen so umzugehen, wie es die Mitglieder oder diejenigen, die das Geld zur Verfügung gestellt haben, wollen. Es ist ein schwieriges Bemühen, Nützlichkeit im größeren Gesamtzusammenhang zu erschließen und nicht nur den unmittelbaren Erwartungen: Was bringt das meiner Organisation, meiner Verwaltungsstelle direkt und möglichst schon übermorgen.

*„Eine wesentliche Frage ist, ob wir es schaffen, Ressourcen freizuschaukeln für Dinge, deren unmittelbarer organisationspolitischer Nutzeffekt nur begrenzt erkennbar ist.“*

*Dr. Regina Görner*

**Helga Kirchner:** Ist das denn in den Vorständen klar, dass die Gewerkschaften ihr politisches Mandat und auch ihr kulturelles Mandat ausweiten müssen und sich nicht alleine auf Tarifpolitik und die klassischen Felder der Wahrung von Arbeitnehmerrechten beschränken, wenn sie sich nicht überflüssig machen wollen oder sich an den Rand drängen lassen wollen?

Ist es denn in Vorständen von Gewerkschaften wirklich so präsent, das man sich da abkoppeln muss von der unmittelbaren Verwertungschance solcher Bildungsangebote?

**Dr. Regina Görner:** Also, wenn ihnen das nicht präsent wäre, dann würde es eine ganze Reihe von Angeboten schon lange nicht mehr geben.

**Helga Kirchner:** Sie sind also nicht gefährdet?

**Dr. Regina Görner:** Gefährdet sind sie immer, weil sich bei schrumpfenden Ressourcen – das geht in der Bundeszentrale für politische Bildung nicht anders als bei der IG Metall oder wo auch immer – immer die Frage stellt, ob man für vorhandene gute Projekte noch genügend Mittel hat. Da konkurriert längst nicht mehr das schlechte Projekt mit dem guten, sondern da konkurrieren die guten Projekte gegeneinander. Im Zweifel wird man kämpfen müssen. Deshalb wird es immer drauf an-

kommen, dass es in den Organisationen Menschen gibt, die für gesamtgesellschaftliche Ansprüche stehen.



Aber ich warne auch vor der Vorstellung, dass eine Organisation per se Mittel über die politische Bildung herabregnen lassen könnte. Das geht so nicht. Es gibt ja auch noch andere Aufgaben, die ihre Berechtigung haben.

Im Zweifel muss immer für Ressourcen gestritten und gekämpft werden. Da würde ich mir manchmal von denen, die die Ansprüche stellen, ein bisschen mehr Verständnis für die wünschen, die im Alltagsgeschäft diese Konflikte auszutragen haben.

*„Im Zweifel muss immer für Ressourcen gestritten und gekämpft werden.“*

*Dr. Regina Görner*

**Güner Balçi:** Eine Anmerkung zu den Ressourcen: Wir finanzieren unsere Arbeit im Madonna über Projekt-mittel. Ob wir Mittel bekommen, entscheidet sich häufig daran, inwieweit die Arbeit förderlich ist für den Einstieg der Jugendlichen in die Berufswelt. Das heißt, ein Projekt mit dem Bestreben, den Jugendlichen regelmäßig Be-

rufsvorbereitungstrainings zu bieten, wird fast immer gefördert, während Projekte, etwa zur Verbesserung des Leseverhaltens, oder auch Kunst- und Theaterprojekte, ganz schwierig sind.

*„Ob wir Mittel bekommen, entscheidet sich häufig daran, inwieweit die Arbeit förderlich ist für den Einstieg der Jugendlichen in die Berufswelt.“*

*Güner Balçi*

Für uns war Kunst und Kultur, Kreativität überhaupt, viele Jahre die Brücke zur Bildung. Das ist leider fast weggefallen. Durch ehrenamtliche Arbeit von engagierten Leuten können wir das teilweise noch ein bisschen anbieten. Wir haben Theaterworkshops und ich mache Kunstprojekte mit den Kindern. Das wird sehr gut aufgenommen und fördert die Kinder ungemein. Dafür gibt es aber einfach zu wenig Geld.

*„Für uns war Kunst und Kultur, Kreativität überhaupt, viele Jahre die Brücke zur Bildung. Das ist leider fast weggefallen.“*

*Güner Balçi*

Noch eine Anmerkung zur Beteiligung von Migrantinnen und Migranten. Nach meiner Einschätzung stehen wir vor der Situation, dass wir gerade in einer Kennenlernphase sind. Wir versuchen jetzt, die fremde Kultur zu entdecken, die eigentlich gar nicht mehr so fremd sein sollte. Auf der einen Seite gibt es dieses Bestreben, das Exotische zu bewahren und unter Artenschutz zu stellen, nicht zu kritisieren und auf der anderen Seite sehr stark zu kritisieren und auszugrenzen.

Da müssen wir langsam den Mittelweg finden und lernen, Verhalten auch kritisch zu betrachten, und gleichzeitig nicht aus der Sicht verlieren, dass das ein Teil unserer Gesellschaft ist, dass Migranten, die hier leben, schon lange ein Teil der Gesellschaft sind und diese Gesellschaft auch mitgestalten werden. Demnach müssen wir auch wissen, um was für Kulturen es sich da handelt.

Wir müssen diese Kulturen erforschen und uns aneinander annähern. Ein Prozess, der auch in der politischen Bildung erfolgen muss.

**Dr. Heinz Bude:** Also ich glaube, dass das ein wichtiger Punkt ist, sozusagen die zweite Idee. Also die erste Idee war Selbstbefähigung, die zweite Idee ist, politische Bildung braucht immer auch einen Kollektivbezug. Es geht nicht nur um den Einzelnen, dass der eine Vorstellung zur Meisterung seines eigenen Lebens gewinnt, sondern es braucht auch die Idee, und das macht politische Bildung aus, dass es in irgendeiner Art um Kollektivbezug dabei geht.

Zu Recht machen Sie drauf aufmerksam, dass das jetzt eine unklare Geschichte ist. Das ist ja alles nicht mehr so klar, wie der Kollektivbezug der Bildung als politische Bildung aussieht. Es scheint mir außerordentlich wichtig, ein langsames Heranarbeiten an eine Vorstellung hinzukriegen, dass man auch Botschaften vermitteln kann über Leute in vergleichbaren Lebenssituationen.

*„Es geht nicht nur um den Einzelnen, dass der eine Vorstellung zur Meisterung seines eigenen Lebens gewinnt, sondern es braucht auch die Idee, und das macht politische Bildung aus, dass es in irgendeiner Art um Kollektivbezug dabei geht.“*

Dr. Heinz Bude

Diese Idee von Kollektivität ist nicht mehr so restsozialistisch zu besetzen, das klappt nicht mehr, das haut nicht mehr hin. Es wäre jedoch zu einfach, jetzt nur noch das Individuum sozusagen bezugsgruppenspezifisch in den Blick zu nehmen. Benötigt wird eine implizite Idee eines Kollektivbezugs in dem Sinne, was eigentlich politische Angelegenheiten sind, die uns alle angehen. Wenn Sie es noch deutlicher haben wollen, es gibt eine Art von implizitem Wir-Bezug in der politischen Bildung. Diesen Wir-Bezug herzustellen, scheint mir außerordentlich wichtig, denn das ist der Unterschied zu einem rein kom-

merziellen Angebot zu Empowerment, die es natürlich auch gibt. Es gibt riesige kommerzielle Angebote zu Empowerment, die sind immer auf das Individuum bezogen.

Wenn es sich um politische Bildung handelt, muss es ein implizites Wir-Angebot geben. Da gibt es aber ein Problem, da wird die Sache etwas unappetitlich, denn es gibt eine Menge von anderen Wir-Angeboten, zu denen die politische Bildung in Konkurrenz steht, zum Beispiel sind das in Ostdeutschland rechtsradikale Organisationen, die Wir-Angebote machen im Sinne der Botschaft vom Empowerment, oder alles, was es an semireligiösen Organisationen gibt, die man nicht so richtig überblickt. Das heißt also, es gibt hier eine Konkurrenz von Wir-Angeboten, zu der sich die politische Bildung stellen muss. Das ist ein relativ komplizierter Prozess.

*„Wenn es sich um politische Bildung handelt, muss es ein implizites Wir-Angebot geben.“*

Dr. Heinz Bude

Ich habe mich vor einiger Zeit mit jemandem unterhalten, der sich in der rechtsradikalen Szene in Ostdeutschland auskennt, der behauptete, das Kennzeichen der Nazis dort sei, dass die sich als die letzten Verteidiger des alten deutschen Wohlfahrtsstaates ausgeben könnten. Also einen Kollektivbezug hochhalten, an dem viele festhalten wollen, weil sie untergründig merken, dass der nicht länger so gilt.

**Helga Kirchner:** Aber Herr Bude, hatte politische Bildung eigentlich explizit nicht immer das, was Sie Wir-Angebote nennen bzw. den Aspekt der Verbindung zur Gemeinschaft, also das individuelle Entwicklungspotenzial und die individuelle Interessenartikulation in den Ausgleich zu bringen mit den anderen Interessen? So habe ich bisher jedenfalls in meiner Vorstellung auch politische Bildung traditioneller Art begriffen.

**Dr. Regina Görner:** Ich sehe auch überhaupt nicht, dass da ein Defizit besteht, zumindest nicht in dem Bereich, den ich überblicke, auch nicht im kirchlichen Bereich, soweit ich feststellen kann. Dass keine Wir-Angebote gemacht werden, kann ich beim besten Willen nicht sehen. Politische Bildnerinnen und Bildner

sind doch in aller Regel auch Menschen, die Bezüge haben in ganz bestimmten Organisationen und in deren Werthorizont hinein. Das ist doch auch im Alltag der politischen Bildung ganz selbstverständlich.

*„Dass keine Wir-Angebote gemacht werden, kann ich beim besten Willen nicht sehen.“*

*Dr. Regina Görner*

Ich habe manchmal eher den Eindruck, dass wir die Frage der Wahrnehmung des Individuums eher etwas unterrepräsentiert haben.

**Helga Kirchner:** Herr Krüger: Noch mal die Fragen nach dem Wir und dem Ich und auch die Frage der Konkurrenz unter dem Aspekt, dass Menschen, wenn sie ihr Arbeitsvermögen in den Markt bringen wollen, das Verwertbare vorrangig ist. Dass sie dafür in die berufliche Weiterbildung gehen und deshalb politische Bildungsangebote, die diese unmittelbare Verwertbarkeit vielleicht nicht so zeigen, wie Frau Balçi das auch angesprochen hat, es vielleicht doch in der Konkurrenz schwieriger haben.

**Thomas Krüger:** Ich möchte zunächst einmal konstatieren, dass dieser implizite Wir-Bezug in der politischen Bildung kaum zu problematisieren ist, weil er nach dem Selbstverständnis der Disziplin ihr selbst eingeschrieben ist. Die Frage ist, wie komme ich in der Methodik, auch in der Themengenerierung und Themenentfaltung zu diesem impliziten Wir-Bezug, so dass jemand, der eine Veranstaltung besucht, auch tatsächlich mit anwendungsorientiertem Wissen, mit Orientierungswissen, aus so einer Veranstaltung wieder herausgeht. Die ihn also selbst befähigt, seine eigenen Probleme, aber auch Probleme in seiner Umgebung, besser in den Griff zu bekommen.

Es ist deshalb nicht der implizite Wir-Bezug selber, sondern der methodische Weg dahin zu thematisieren, und da gibt es erfolgreiche und weniger erfolgreiche Veranstaltungsmodule in der politischen Bildung, das muss man auch selbstkritisch konstatieren. Am wenigsten erfolgreich sind wir bei der Klientel, die eher bildungsresistent oder nicht bereit zur politische Bildung ist. Das ist

die große Herausforderung.

Sie hatten ja angesprochen, dass Sie versuchen, ganz anders anzusetzen in Bildungsstätten, was aber auch ganz andere Rahmenbedingungen erfordert. Aber Sie sind in dem Fördergeschäft der politischen Bildung immer in ganz bestimmte Richtlinien und Verfahrensabläufe eingebettet, die nach meiner Ansicht nicht ausreichen, um dieser eigentlichen Aufgabe gerecht zu werden, nämlich der, politikferne und bildungsferne Zielgruppen besser anzusprechen. Diese Aufgaben müssen stärker in unserer Agenda gewichtet werden.

*„Die Frage ist, wie komme ich in der Methodik, auch in der Themengenerierung und Themenentfaltung zu diesem impliziten Wir-Bezug, so dass jemand, der eine Veranstaltung besucht, auch tatsächlich mit anwendungsorientiertem Wissen, mit Orientierungswissen, aus so einer Veranstaltung wieder herausgeht.“*

*Thomas Krüger*

Es ist eine große Herausforderung, dieses Ziel vor allem in der Politik zu berücksichtigen und in die Praxis der politischen Bildung und des Fördergeschäfts einfließen zu lassen. Dies ist immer vor dem Hintergrund zu betrachten, dass es nicht mehr Geld gibt, sondern weniger. Aber diese Aufgabe wird immer wichtiger, und sie wird das Legitimationsfeld der Disziplin der politischen Bildung für die Zukunft sein.

Zudem: Wenn Sprachkenntnisse in der Schule nicht mehr erworben werden, dann können wir in der politischen Bildung auch nur noch bedingt etwas tun. Das muss man einfach sehen. Wir existieren ja nicht jenseits der Bildungsstrukturen.

Wir sind vielmehr Teil des Bildungssystems und des politischen Systems insgesamt, und es ist wichtig, dass ein junger Mensch, der in unserem Land lebt, auch die entsprechenden Sprachkenntnisse hat.

Ich bin zum Beispiel deshalb unbedingt für eine Kindergartenspflicht ab dem vierten Lebensjahr, vor allem in den entsprechenden Schwerpunktgebieten, damit dort Sprachkenntnisse für den Grundschulbereich überhaupt erst erworben werden können.

Jetzt fragt sich natürlich jeder, wie das finanziert werden soll. Das kann man nur finanzieren, indem man das gesamte Bildungssystem noch einmal neu überdenkt und sagt, wir müssen viel mehr investieren in den frühkindlichen Bereich, in den Kindergartenbereich, in den Grundschulbereich. Nach hinten raus, wenn es um die Spezialisierung geht, bin ich in der Tat für eine stärkere Beteiligung des Individuums, das seinen Bildungsweg dann eigenständig plant – also Studiengebühren ja, dafür den Kindergarten aber möglichst finanziell freistellen. Es geht schließlich um gleichmäßigen Zugang zur Bildung.

*„Das große Problem in unserer Gesellschaft ist, dass die Segregationsprozesse schon im frühkindlichen Alter einsetzen. Da bedarf es einer ideologiefreien Politik, da muss jede der beiden großen Volksparteien auch Abschied nehmen von lieb gewonnenen Erkenntnissen.“*

*Thomas Krüger*

Das große Problem in unserer Gesellschaft ist, dass die Segregationsprozesse schon im frühkindlichen Alter einsetzen. Da bedarf es einer ideologiefreien Politik, da muss jede der beiden großen Volksparteien auch Abschied nehmen von lieb gewonnenen Erkenntnissen. Das sollte politische Bildung dann auch thematisieren und verdeutlichen, dass wir unsere Arbeit nur gut erledigen können, wenn auch die Voraussetzungen dafür stimmen.

**Helga Kirchner:** Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, weil ich das Stichwort gerne noch mal aufgenommen hätte, nämlich dass die politische Bildung nach meinem Verständnis nicht den Ausputzer geben kann für Versagen und Dysfunktionalität des traditionellen Bildungs-

und Schulwesens. Es kann ja nicht wirklich funktionieren, obwohl die Weiterbildungsinstitutionen sicher kompensatorisch immer wieder auch tätig werden, wenn ich etwa an die Alphabetisierungskurse der Volkshochschulen denke.

**Dr. Regina Görner:** Also das festzustellen, ändert ja nichts an der Tatsache, dass jeder an seinem Platz sinnvollerweise versuchen sollte, das zu kompensieren, was sich kompensieren lässt. Da lässt sich noch eine Menge machen. Und da will ich nicht nur die Alphabetisierungskurse sehen, sondern auch das, was unter dem Gesichtspunkt kultureller Bildung genannt worden ist.

Wir müssen auch aufpassen, dass wir uns nicht in Schubläden stecken lassen, in dem dann Musikschulen vielleicht für kulturelle Bildung zuständig sind, aber solche Elemente in dem Angebot politischer Bildung nichts zu suchen haben. Das geschieht in der Praxis ja dauernd, wenn ich etwa sehe, wie die Debatten um die Weiterbildungsgesetze von den Arbeitgebern geführt werden.

Dahinter steckt die Ablehnung des Bildungswertes, den die Beschäftigung beispielsweise mit bestimmten kulturellen Zusammenhängen haben kann. Bei Managerbildungsseminaren werden übrigens ganz andere Maßstäbe angelegt. Deren Überlebenstraining stellt niemand infrage, aber wenn wir das beispielsweise mit Jugendlichen machen, die sozialpädagogischen Betreuungsbedarf haben, dann wird das heftig kritisiert.

Man muss viel offensiver in die Öffentlichkeit hinein kommunizieren, dass es eine Ganzheitlichkeit von Bildung gibt und der kulturelle Bereich selbstverständlich dazu gehört.

*„Man muss viel offensiver in die Öffentlichkeit hinein kommunizieren, dass es eine Ganzheitlichkeit von Bildung gibt und der kulturelle Bereich selbstverständlich dazu gehört.“*

*Dr. Regina Görner*

**Helga Kirchner:** Wir haben jetzt nur noch ein paar Minuten und Sie haben die Möglichkeit in Ihrer letzten

Äußerung das zu sagen, was Sie nicht loswerden konnten, weil ich dummerweise nicht danach gefragt habe oder Sie kein entsprechendes Stichwort durch die anderen bekommen haben.

Mir wäre daran zu tun vielleicht von einer, einem von Ihnen auch noch mal etwas zu hören zu der Frage, ob dem Anliegen der politischen Bildung dadurch in der öffentlichen Auseinandersetzung mit den Institutionen der Politik mehr Gehör verschafft werden könnte, wenn deutlich wird, dass die politische Bildung dem schwindenden Zutrauen zur Parteienpolitik oder überhaupt zum politischen System entgegenwirken kann. Dass politische Bildung im positiven Sinne Loyalitäten zur Demokratie erzeugen kann, was der Politik zugute kommt.

**Thomas Krüger:** Sie hatten ja das Problem beschrieben, dass man in der politischen Bildung schnell in die Ausputzerrolle gerät. Dem darf man sich jedenfalls nicht ohne Kommentar hingeben. Der zweite Punkt ist, und das sollten wir uns alle ins Merkheft eintragen: Wir müssen die Disziplin der politischen Bildung permanent neu buchstabieren und erfinden.

Das ist ein Stück Kontinuum in der Geschichte der letzten Jahrzehnte, aber es ist auch eine permanente Forderung für die Arbeit, die vor uns steht. Wenn wir uns nicht selbst infrage stellen, auch selbst entgrenzen in der Disziplin, neue Partner suchen, neue Wege ausprobieren, werden wir mit unseren Gewohnheiten und mit unserer Stammklientel immer wieder in eine Sackgasse geraten.

*„Wir müssen die Disziplin der politischen Bildung permanent neu buchstabieren und erfinden.“*

*Thomas Krüger*

Die Gesellschaft entwickelt sich weiter, sie wird vor immer neue Herausforderungen und Fragen gestellt. Deshalb müssen wir auch immer neue Wege in der politischen Bildung ausprobieren. Das ist nicht einfach, vor allen Dingen ist es nicht einfach, das zu vermitteln und von der Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür zu bekommen. Aber den Kopf in den Sand zu stecken, das gilt nicht.



Dr. Heinz Bude, Güner Balçi

Wir haben im Vergleich mit vielen anderen Ländern den Vorteil, auf eine gut ausgestattete Infrastruktur zurückgreifen zu können, und wir sollten versuchen, das Beste aus dieser Infrastruktur und diesen Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, zu machen. Sich selbst entgrenzen, sich selbst neu erfinden, das sind gute Vorsätze. Ohne solche Vorsätze wären Revolutionen und somit auch Veränderungen in den Gesellschaften nie möglich gewesen.

*„Sich selbst entgrenzen, sich selbst neu erfinden, das sind gute Vorsätze. Ohne solche Vorsätze wären Revolutionen und somit auch Veränderungen in den Gesellschaften nie möglich gewesen.“*

*Thomas Krüger*

**Helga Kirchner:** Und Herr Krüger weiß, worüber er redet.

**Dr. Heinz Bude:** Revolution ist eine gute Idee. Ich habe kürzlich jemanden beauftragt, doch mal eine Inter-

netrecherche über den sozialwissenschaftlichen Klassiker zu machen, der weltweit im Augenblick am meisten gelesen wird. Das Ergebnis ist überraschend, es ist Marx. Marx ist derjenige, über den am meisten im Augenblick Veranstaltungen, global gesehen, angeboten werden, der am meisten zitiert wird. Daran merkt man, das es Utopiebedarf gibt, der sich plötzlich wieder meldet zur Definition der Politik und der Demokratie.

Das ist für die politische Bildung deshalb interessant, weil sie nämlich nicht nur lehren soll was ist, sondern es gibt auch immer noch etwas darüber hinaus, also auch die Frage, was Demokratie ist, auch im Sinne der Neuerfindung.

*„Marx ist derjenige, über den am meisten im Augenblick Veranstaltungen, global gesehen, angeboten werden, der am meisten zitiert wird. Daran merkt man, das es Utopiebedarf gibt, der sich plötzlich wieder meldet zur Definition der Politik und der Demokratie.“*

*Dr. Heinz Bude*

Da ist auch noch die Botschaft drin, dass das, wie es jetzt ist, nicht das sein muss, nicht der Zustand sein muss, wie er immer bleiben wird. Demokratie und Politik enthalten immer auch Versprechen, was über das hinaus geht, was wir im Augenblick haben.

**Güner Balçi:** Also ich kann mich an das, was hier gesagt wurde, nur anschließen. Ich sehe, das unser Bildungssystem vor einer Herausforderung steht. Jetzt sind wir an einem Punkt der Entwicklung angekommen, an dem wir ansetzen müssen. Wir müssen uns nicht mehr Gedanken darüber machen, was wir falsch gemacht haben oder übersehen haben die ganzen Jahre, sondern jetzt geht es um konkrete Vorschläge, Ideen umzusetzen, um diejenigen Menschen, die es bisher aus eigener Kraft nicht geschafft haben, zu partizipieren, zu fördern und zu fordern. Es geht um Migration und Integration. Wo können wir den Menschen fordern und wie können wir sie

vor allen Dingen fördern. Es ist auch ganz wichtig, dass man sich endlich mit diesen Menschen zusammensetzt und sich austauscht.

*„Wir müssen uns nicht mehr Gedanken darüber machen, was wir falsch gemacht haben oder übersehen haben die ganzen Jahre, sondern jetzt geht es um konkrete Vorschläge, Ideen umzusetzen, um diejenigen Menschen, die es bisher aus eigener Kraft nicht geschafft haben, zu partizipieren, zu fördern und zu fordern.“*

*Güner Balçi*

**Helga Kirchner:** Als Medienfrau wünsche ich mir ein Bildungswesen, das Leute in den Stand setzt, und das ist die Forderung an das Bildungswesen insgesamt, dass das, was in den Medien vor allem marktförmig generiert wird, von bewussten ZuschauerInnen, HörerInnen und LeserInnen wahrgenommen, gewertet und gewichtet wird.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

Nach der Mittagspause kriegen Sie noch mal von Oskar Negt richtig was zum Geburtstag eingeschenkt.



## Politisch bilden – Teilhabe ermöglichen

Prof. em. Dr. Oskar Negt

Politische Bildung – an diesem Knochen nage ich seit 40 Jahren und es ist und war nicht immer befriedigend, auch nicht in der Zeit, in der sich Weltanschauungskämpfe abspielten über das exemplarische Lernen. Es ging ja gar nicht um das exemplarische Lernen, also um die politische Didaktik, sondern es ging um Abgrenzung, wie weit links man steht. Ob man etwas DKP-orientiert ist oder nicht und welchen Organisationsbegriff man hat. Das hat sich beruhigt und heute stellt eigentlich überhaupt niemand mehr den sogenannten Erfahrungsansatz in Frage.

So sollte es auch sein, denn wenn die Assoziationen und Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen nicht in den Bildungsprozess eingehen, dann bleiben sie eben unbearbeitet liegen. Dann kann man über die Weltaufteilung reden wie man will und wird die Menschen nicht erreichen. Insofern ist das Eingehen auf die häufig auch verqueren und verschrobene Vorstellungen der Menschen, die im übrigen auch bei gut situierten Funktionären in den Gewerkschaften verquer sind, unabdingbar für jede Form von Bildung.

50 Jahre ARBEIT UND LEBEN! Ich glaube ARBEIT UND LEBEN hat ein gewaltiges Verdienst in der politischen Nachkriegsgeschichte. Es ist nicht nur ARBEIT UND LEBEN, sondern politische Erwachsenenbildung überhaupt ist eine der Säulen der Nachkriegsdemokratie. Ich betrachte es als höchstgefährlich in der Situation, die ich jetzt noch beschreiben will, gerade hier abzubauen. Man kann an vielen Stellen abbauen in der Gesellschaft, aber nicht politische Bildung, die gehört nämlich zu einem demokratischen Gefüge, das unerlässlich ist.

Wenn die Rede ist vom lebenslangen oder lebensbegleitenden Lernen, lebenslang erinnert etwas an Kerkerhaft, man sollte besser lebensbegleitendes sagen, dann gilt das insbesondere für eine demokratische Gesellschaft. Eine demokratisch verfasste Gesellschaft ist die einzige Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss, alle anderen Gesellschaftsordnungen bekommt man so. Ob die aristokratische, die auf Blut gestützte, auf Stam-

meszugehörigkeit gestützte, alle diese Gesellschaftsordnungen sind nicht angewiesen auf Beteiligung, sondern ganz im Gegenteil. Beteiligung am Gemeinwesen wird als Störung empfunden und nur die demokratische Gesellschaftsordnung ist eigentlich angewiesen auf ein solches Lernen.



Prof. em. Dr. Oskar Negt

Lassen Sie mich etwas sagen über die Form der Krise heute. Es ist nicht so, dass wir, wenn die Konjunktur wieder anspringt, zu den alten Zuständen zurückkehren werden. Wir befinden uns in einer Zeit totaler Umbrüche im Innern der entwickelten Gesellschaft, die irgendwie begriffen werden müssen. Wir haben ja im globalisierten Zusammenhang eine Erfahrung gemacht, wie sie sonst immer nur nach Kriegen und anderen Katastrophen zu machen ist.

Ein ganzes Imperium bricht praktisch zusammen. Staaten brechen in sich zusammen auf Grund innerer Struktur, nicht von außen. Das muss ja irgendwelche Bedeutung haben und muss vor allen Dingen bearbeitet werden. Mit anderen Worten, wir haben so etwas wie einen betriebsamen Aktionszyklus in der gegenwärtigen Geschichte. Deshalb müsste jetzt ein Lernzyklus beginnen, in dem die Menschen begreifen, was mit ihnen und um sie herum geschehen ist.

Nicht nur was Globalisierung betrifft, sondern die Dreiteilung der Welt ist verschwunden. Das hat gravierende Folgen. Man merkt das jetzt in Bezug auf Afrika, dass ganze Kontinente abgekoppelt sind vom Weltinteresse, weil sich niemand dafür interessiert was da passiert. Das war in der Konstellation der Dreiwelten noch immer ein

strategisches Pfund, mit dem man wuchern konnte.

Die Chinesen versuchen es jetzt wieder, sich in Afrika niederzulassen. Ich will damit sagen, es geschehen gewaltige Umbrüche. Ein gewaltiger Umbruch besteht darin, dass dieser Arbeitsgesellschaft nicht die Arbeit ausgeht, sondern eine bestimmte Arbeit. Nicht wenn Hannah Arendt sagt, es könnte die Situation auftreten, dass der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht – die Arbeit nicht, aber die auf den Warenmarkt bezogene Arbeit, die wird immer stärker rationalisiert.

Das heißt, das Arbeitsvolumen das erforderlich ist, um Waren zu produzieren, dieses Arbeitsvolumen schrumpft täglich. Täglich werden in der alten Europäischen Union 55.000 Menschen arbeitslos. Das Herausdrängen aus diesem Prozess, in dem immer mehr mit immer weniger Anwendung lebendiger Arbeit produziert wird im Warenmarkt, setzt meines Erachtens ganz neue Perspektiven, über die Politiker überhaupt nicht reden und Wirtschaftleute sowieso nicht.

Das bedeutet, dass wir den Blick auf Gemeinwesenarbeit als authentische wichtige Arbeit richten müssen. Deren Bedarf steigt, wenn ich an die Pflege der Städte, der Pflege auch der Menschen, denke. Also viele Dinge, die eigentlich unverkäufliche Güter sind und nicht privatisiert werden. Diesen Blick zu erweitern ist notwendig angesichts einer überquellenden Produktivität auf dem Warenmarkt.

Es ist ja so gewesen, dass Helmut Schmidt in den 70er Jahren mit der Parole hausieren ging, man solle die Gewinne schonen und man solle nicht neiden. Er wollte den Sozis gewissermaßen den Neidkomplex ausreden, mit der Parole, die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Nein, diese Parole stimmt nicht mehr. Die Gewinne von heute sind die Arbeitslosen von morgen und das wird auch so deutlich ausgedrückt.

Ackermann hätte vor zehn Jahren, wenn er da schon den Posten gehabt hätte, nicht gewagt zu sagen, wir haben 3,5 Milliarden Gewinn gemacht, aber wir müssen 6.000 Arbeitsplätze abbauen. Er hätte es nicht gleichzeitig gesagt. Das ist auch eine Verlüderung gewissermaßen der öffentlichen Sprache. So ein Zynismus wird hinge-

nommen, dass man sich gar nicht mehr die Frage stellt, wo denn die 6.000 bleiben. Warum haben die keine Arbeitsplätze wo doch soviel Gewinne da sind.

Das meine ich mit inneren Widersprüchen. Die haben mit der Welt, mit der Globalisierung nichts zu tun. Deshalb ist die Standortsicherung auch nicht das einzige Problem, mit dem wir es zu tun haben, sondern wir müssen das, wovon wir leben, was wir produzieren, mit anderen Augen sehen.

Das heißt, wenn ich in diesem Zusammenhang von einer kulturellen Erosionskrise spreche, dann meine ich damit, dass alte Wertmuster und Wertvorstellungen nicht mehr unbesehen gelten. Das gilt auch für das was Arbeit ist, aber das gilt auch beispielsweise für Familie und andere Werte, gesellschaftliche Werte. Es geht nicht mehr nur um die Vermittlung von Tugenden, sondern es geht auch darum, was eigentlich in diesen Institutionen an inneren Krisen drin steckt, die Sprengkraft haben.

Alte Werte gelten nicht mehr unbesehen, neue sind nicht da, werden aber intensiv gesucht. Wir haben es mit einer Gesellschaft intensiver Suchbewegung zu tun und diese kulturellen Suchbewegungen zeigen sich unter anderem auch darin, dass die alten Loyalitäten zerbrechen. Es ist eine Schande für die Demoskopie gewesen, wie stolz sie auf die Wahlprognosen waren. Aber die geschärf-testen Instrumente reichen nicht mehr aus, vorauszusagen, wie die Wahlen ausgehen.

Das liegt nicht an dem Mangel der Instrumente, sondern das liegt an den Sachverhalten. Die Leute wissen nämlich buchstäblich nicht mehr, selbst wenn sie schon in der Kabine sind, wem sie die Stimme geben sollen, weil da so ein gebrochenes Vertrauen gegenüber diesen Parteien ist. Das gilt im übrigen für alle Parteien, für die Gesinnungsparteien ein bisschen weniger. Aber für die Sozialdemokraten nimmt das zu.

Es ist ein großes Problem, dass alte Loyalitäten zerbrechen. Es ist auch ein Werteproblem in unserer Gesellschaft, dass die Parteien im Grunde nicht mehr im Stande sind, so etwas wie eine Glaubwürdigkeitspolitik zu betreiben. Also glaubwürdig zu sein in dem, was sie in ihren Grundsatzprogrammen von Grundwerten proklamieren.

Im Grunde wird in dieser Gesellschaft so etwas wie Bindungslosigkeit bewusst produziert. Haltlosigkeit nennt Dahrendorf das, ein Altliberaler. Es ist die Gefahr einer haltlosen Welt, wie er sie in seinem neuen Buch beschrieben hat. Die Haltlosigkeit wird erzeugt. Die Menschen sollen sich nicht so binden an das Unternehmen, in dem sie dreißig, vierzig Jahre gearbeitet haben.

Das heißt, die Bindekräfte in dieser Gesellschaft gehen weitgehend in die Brüche. Das wird auch bewusst erzeugt, denn Entlassungen sind einfacher, wenn Betriebsräte nicht da sind, wenn kein Protest da ist, wenn die alten Bindekräfte schwinden. Die Herstellung von Bindungslosigkeit unter dem Stichwort größerer Flexibilität ist eine ganz gefährliche Entwicklung.

Der ehemalige Bundesbankpräsident Tiedmeier hat einmal gesagt, die ganze Misere unserer Gesellschaft liegt daran, dass die Menschen nicht flexibel genug sind. Er bringt das Beispiel, wenn jemand in Emden arbeitslos wird, dann soll er möglichst schnell seine Familie einpacken und nach Baden-Württemberg oder Bayern umziehen und sich da die Chancen vergrößern, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Nun fragt man sich, was soll ein Ostfrieze in Bayern, wie der sich da wohl fühlt in Bayern?

Das Problem ist gewissermaßen die Ortlosigkeit der Menschen und das ist auch ein zentrales Problem der politischen Bildung – Ortlosigkeit, Entwurzelung, Bindungslosigkeit, Brechen von Bindung.

Wenn das so sein sollte, dass wir in einer Zeit großer Umbrüche leben, dann ist die Frage, wie das System auf solche Krisen reagiert. Welche Krisenlösungsstrategien werden versucht. Ich habe drei dieser von mir als falsch und gefährlich eingeschätzten Krisenlösungsstrategien hier zu präsentieren.

Die erste besteht darin, dass man sagt, nicht gerecht verteilen, dass alle teilhaben können, sondern konzentrieren auf diejenigen, die Leistungsträger sind, die aus sich was machen können. Mit anderen Worten: Polarisierung als ein Krisenlösungsmittel. Man braucht nur nach Leipzig zu fahren, da hat man einen der größten, wenn auch nicht schönsten Bahnhöfe Europas. Geht man 200 Meter weiter, beginnen schon die Verödungen. Ganz abgesehen von den städtischen Randgebieten, da sind die

alten Fassaden zerbröckelt. Klaus von Dohnanyi, der beauftragt war, herauszufinden, wie die Förderungsmittel verteilt werden sollen, hat gesagt, es hat überhaupt keinen Sinn, Förderungsmittel verödeten Regionen zu geben. Sondern diejenigen sollen etwas bekommen, die gewissermaßen etwas daraus machen können. Dann profitieren auch die anderen davon.

Eine sehr gefährliche Polarisierungsstrategie, auch im Bildungssystem. Es ist leider so, dass auch jemand wie Edelgard Bulmahn, die in Hannover studiert hat, mit ihrem Elitequatsch versucht hat, die Bildungslandschaft zu beleben. Dann hat sie es wohl gemerkt, wir sind ja wirklich geheilt von solchen Eliten.

Man gibt also Fördermittel dort wo man glaubt, dass das gewissermaßen den Gesamtprozess der Reichtumsbildung beschleunigt. Das ist natürlich eine Täuschung, weil diese Fördermittel werden irgendwo anders abgezogen. Jeder weiß das. Es bedeutet, dass dann die Polarisierung der Bildung auch in den Schulen zur Konsequenz hat, dass in einem bestimmten Bereich die Verödung immer stärker wird und in anderen Bereichen so etwas wie eine Elitebildung stattfindet.

Aber davon abgesehen, es ist auch ein Irrtum, die amerikanischen Verhältnisse nachzuahmen. Ich war vor einem Jahr in Princeton eingeladen und dachte, da studierst du mal, was eine Eliteuniversität ist. Ich fragte den Rektor, wie viele Studenten sie haben. Antwort: etwa 7.000. Das ist eine kleine Universität, also Hannover alleine hat 25.000. Wie groß ist das Lehrpersonal. Antwort: etwa 1.000. Aber damit noch nicht genug, als ich dann fragte, was ist das Stiftungsvermögen, war er sehr vorsichtig. So genau weiß das keiner, will auch keiner wissen, aber er schätzt es auf 17 Milliarden Dollar, so dass aus den Zinsen des Stiftungsvermögens der Alltagsbetrieb finanziert werden kann.

Vor wenigen Tagen habe ich in der Zeitung eine Notiz gelesen, dass ein Immobilienhändler, der in Princeton studiert hatte und vielleicht seine Erben enterben wollte, Princeton 105 Mio. Dollar gestiftet hat. Das ist natürlich eine ganz andere calvinistische Tradition. So wie es bei Calvin ja heißt, Gottes Gnadentum kann man nicht erstreben. Aber es könnte sein, dass die eigene Leistungsbe-

reitschaft, also wenn man etwas für das Gemeinwesen hergibt, oben mit Wohlwollen betrachtet wird.

Man kann das nicht völlig ausschließen und deshalb sollte man das tun. Es gibt einen wunderschönen Satz von Carnegie, der dieses ganze Stiftungswesen eingeleitet hat. Selbst Rockefeller hat auf Carnegie reagiert. Er hat gesagt, wer als Reicher stirbt, hat Schande über sein Leben gebracht. Das müsste man den Unternehmern hier, allen diesen Essers, wirklich ins Stammbuch schreiben. Es wird ihnen jedoch einigermaßen gleichgültig sein.



Ich will damit sagen, dass das andere Traditionen sind. Aber wenn die Manager hier mit ihren hohen Gehältern bedauern, dass sie viel weniger kriegen als die amerikanischen Manager, dann kann ich sie nur warnen, das amerikanische Rechtssystem übertragen zu wollen. Da sitzen nämlich über tausend Topmanager in den Gefängnissen. Das heißt, die amerikanischen Gerichte greifen sehr schnell und radikal zu, während hier dieses arme Düsseldorfer Landgericht sich ja alle Mühe gegeben hat, nicht wenigstens eine Schweinerei justizförmig werden zu lassen.

Polarisierung ist ein Auseinandertreiben der gesellschaftlichen Bindekräfte und führt nicht dazu, dass so etwas wie Verteilungsgerechtigkeit in der Gesellschaft stattfindet. Das ist ein Angriff auf eine demokratische Beteiligungsgesellschaft, wenn man diese Strategie verfolgt.

Und die zweite falsche Strategie ist die der Fragmentierung und Flexibilisierung. Natürlich ist Flexibilisierung notwendig in diesem Marktgeschehen. Sowie ich jemanden frage, bist du flexibel, würde er sagen, natürlich bin ich flexibel, das ist doch selbstverständlich. Aber wir haben wiederum das Beispiel der Vereinigten Staaten. Diese Flexibilisierung und Fragmentierung von Arbeitsplät-

zen haben dazu geführt, dass in den Vereinigten Staaten vor zehn Jahren etwa 56 Stunden notwendig waren, das eine Mittelschichtfamilie ihren Lebensstandard hält. Man hat jetzt überprüft, das es etwa 110 Stunden sind, um denselben Lebensstandard zu halten.

Im übrigen ist jetzt bei einer Untersuchung, die die New York Times zu den Morden von Schülern angestellt hat – wo also Schüler in die Schulen gegangen sind und herumgeballert haben – zu der Frage, warum es überwiegend Mittelschichtkinder und nicht Ghattokinder sind, die das machen, herausgekommen, dass der Stundenplan einer Zwölfjährigen umfangreicher war als gewissermaßen der Stundenplan der Eltern. Unter anderem war da auch eine halbe Stunde vorgesehen für das Studium von Aktienkursen.

Man fragt sich, was soll eine Zwölfjährige mit solchen Unterweisungen? Die Banken sind daran gegangen, den Jugendlichen und Kindern Kleinaktien anzulegen, so dass sie möglichst schnell in dieses System reinwachsen. In Amerika ist es wirklich eine katastrophale Situation für den Mittelstand, nicht zuletzt durch diese Fragmentierung. Die Menschen leben nicht mehr in Familien, die sich noch sehen. Der eine arbeitet da ein Stück, der andere da ein Stück.

Es gibt ein interessantes Buch von Richard Sennett: 'Der flexible Mensch' – eine sehr schöne Untersuchung dieses Soziologen, in der er genau diese Gefahr sieht. Der Kapitalismus lebt noch ein bisschen von den Traditionsbeständen alter Familien, von der Zuarbeit und der Substanz, dies aber bei ohnehin hohen Scheidungsraten – 49 % der Kinder in den Vereinigten Staaten wachsen bei einem Elternteil auf. Auch von der Leyen wird diese Familien nicht mehr reparieren können durch bloße Rhetorik. Das heißt also, hier sind die Familien gewissermaßen bedroht in ihrer Substanz. Dieses Buch heißt im Deutschen 'Der flexible Mensch'. Im amerikanischen Originaltitel heißt es 'The Corruption of Character', was offenkundig was anderes ist.

Bei der deutschen Titulierung ist gleichsam schon die Ideologie mit vermittelt. Wer das Buch gelesen hat weiß, dass das nicht gewissermaßen ein Ideal oder Selbstideal ist, das Richard Sennett hier kennzeichnet. Ich halte es für sehr gefährlich, die Augen zu verschließen gegenüber

den auseinandertreibenden Tendenzen von Fragmentierung und Flexibilisierung. Die Gewerkschaften müssen da aufpassen, dass sie nicht bei diesem Zug mitgehen, denn hier werden Grundwerte zerstört.

Und die dritte falsche Strategie ist die der Abkoppelung. Wir haben das in Frankreich erlebt. Aber es sind ja nicht nur die Randgebiete, die revoltieren, rebellieren, sondern es geht in Frankreich ins Zentrum. Drei Millionen sind auf die Straße gegangen gegen diese letzte Sumpfbüchse einer Krisenlösung von de Villepin, der glaubte, erst nehme ich den Jugendlichen alle Rechte und dann werden sie integriert. Es ist eine Idiotenvorstellung, aber sie ist von den Franzosen bemerkt worden.

Ich bin nicht sicher, ob das hier in Deutschland der Falle wäre, denn es geht ja auch hier um Reduktion der Schutzzeiten für die Jugendlichen. Ich glaube, dass diese Gesellschaft, wenn sie nicht in ihrem Herrschafts- und Machtgefüge verändert wird, auch im Blick auf das Gemeinwesen, besteht die Tendenz der Abkoppelung ganzer Bevölkerungsschichten vom Produktions- und Lebensprozess der Gesellschaft.

Alain Touraine spricht von einer Dreiteilung der Gesellschaft. Ich selbst habe noch mit Peter Glotz und anderen in den 80er Jahren gekämpft für die Konzeption der Zweidrittelgesellschaft. Wie gesagt, Zweidrittel sind integriert, fühlen sich wohl, gehören also zu dieser Gesellschaft, beteiligen sich an dieser Gesellschaft. Der Auffassung bin ich nicht mehr. Ich bin der Auffassung, es ist tendenziell eine Dreiteilung der Gesellschaft. Das erste Drittel ist in der Tat integriert, leistungsstark – sind die Gewinner und bereichern sich zum Teil auch in einer völlig schamlosen Weise. Eine solche Bereicherungssucht gerade dieser wirtschaftlichen Eliten hat es so noch nicht gegeben und wurde auch so nicht gezeigt.

Hermann Josef Abs, der Finanzberater Adenauers, kam immer noch mit dem Brötchen und eigenem Kaffee, und zwar aus Prinzip, so hat er es auch gesagt. Also wenn man schon reich ist, soll man es wenigstens nicht zeigen. Das ist weg, es wird gezeigt, demonstrativ gezeigt.

Es ist gewissermaßen eine amalgamierte Schicht, eine zusammengesetzte Schicht aus vielen Teilen. Das zweite Drittel ist die wachsende Zahl derjenigen, die in

prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen leben. Ich habe in den letzten 10 Jahren immer wieder, wenn Journalisten kamen und Interviews machten, gefragt, was ist ihr Status, sind sie Redakteur oder so. Ich mache die Erfahrung, dass in den letzten fünf Jahren keiner mehr gekommen ist, der irgendwie in der Rundfunk- oder Fernsehanstalt fest angestellt war. Sie werden das bestätigen. Dass gewissermaßen von Vertrag zu Vertrag oder von Interview zu Interview gelebt wird. Die Prekarisierung der Lebensverhältnisse hat gerade in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. Darin stecken die ersten großen Angstpotenziale. Der gesellschaftliche Angstrohstoff wächst.

Da wird so ein hochqualifizierter Ingenieur in den neuen Bundesländern mit 45 Jahren arbeitslos. Eingestuft wird er in die Kategorie 'schwervermittelbar'. Es gibt ein schwedisches Unternehmen, ich verdränge immer den Namen, weil ich es so ungeheuerlich finde, das geht daran, die Leute ab 35 aus dem Betrieb zu drängen. Man geht davon aus, dass zwischen 20 und 35 gewissermaßen die produktivste Phase ist und bei zunehmender Lebenserwartung kann man sich vorstellen, dass ein schrumpfender Teil von Arbeitszeit von 10 – 15 Jahren gewissermaßen ein ganzes Leben finanzieren soll. Das geht nicht.

Das heißt, Abkopplung ist ein Prozess in dem das letzte Drittel, die Armee der dauerhaft Überflüssigen, wächst. Das sind die Jugendlichen, die keine Perspektive haben, die nie eine gehabt haben. Aber auch diese Prozesse drängen ins Zentrum und sind nicht einfach Randphänomene, die man aufarbeiten könnte.

Jetzt stellt sich natürlich die Frage, was wirkliche Lösungen sind? Ich muss schon sagen, das Umkippen der politischen Bildung in eine bloße Sachqualifikation, gewissermaßen die Versachlichung der politischen Bildung, also zum Beispiel Umgang mit Computern – früher war es Häkeln und Schneidern – ist meines Erachtens angesichts dieser Krisenbeschreibung im gesamteuropäischen Zusammenhang eine Katastrophe. Klaus Ahlheim, der hier ist, hat ein sehr schönes kleines Büchlein geschrieben über die sich abzeichnende Entpolitisierung der politischen Bildung.

Europa wird nicht zusammenwachsen auf der Ebene von Geld und Ökonomie. Wenn in Europa nicht politische

Bildung als ein wesentliches Mittel der Aufarbeitung auch der Vergangenheiten, der verschiedenen und tödlichen Vergangenheiten, begriffen wird, glaube ich, wird dieses Europa immer wieder in Gefahr sein, auseinander zu brechen. Was sind jetzt die Mechanismen, die dem zu Grunde liegen? Als die Schlacht bei Jena und Auerstedt verloren war, ging Humboldt zum König und sagte, wenn nun alles zerbrochen ist, alles zerbricht, dann sollten wir doch wenigstens Universitäten mit dem Zentrum Philosophie aufbauen, um zu begreifen, warum das geschehen ist. Das ist ein guter Gedanke.

Wenn nun alles nicht mehr funktioniert, sollte man wenigstens wissen, was mit uns geschehen ist und wie wir da raus könnten. Es wäre ein Schritt aus der Krise heraus, nämlich Bildung als Antwort auf eine Katastrophe. Das ist politische Bildung im 20. Jahrhundert immer gewesen. Es ist ein gewaltiger Vorrat an Phantasie, didaktischer Phantasie, Lernphantasie in dieser politischen Bildung der 20er Jahre gewesen. In Landschulerziehungsheimen bildeten sich alternative Dinge, von denen die ganze progressive Nachkriegsgeneration gelebt hat und das nach 1945 wieder.

Das wäre heute eigentlich nötig, so etwas wie die Deutungswissenschaften zu fördern und nicht die Naturwissenschaften, die ohnehin viele Mittel haben. Das wäre eine angemessene Antwort auf eine solche Krisensituation. Ich glaube, dass es an der Zeit ist, und vielleicht trägt ja so eine Veranstaltung ein bisschen dazu bei, dass wenigstens politische Bildung nicht als etwas betrachtet wird, auf das man notfalls auch verzichten kann.

Bisher hat es nie eine Zeit gegeben, in der die Gesellschaft Anhängsel des Marktes war, bei keinem großen Ökonomen, bei Adam Smith nicht, bei Riccardo nicht, bei Keynes nicht. Walter Eucken und Ludwig Erhard haben gesagt, dass der Markt ein Segment in der Gesellschaft ist und damit hat die betriebswirtschaftliche Rationalität ihren guten Sinn. Sie haben dafür gekämpft, das einzubinden.

Soziale Marktwirtschaft ist nicht ein Produkt der Marktwirtschaft, sondern ein Gegenprodukt gegen den Selbstlauf der Marktwirtschaft. Das unterscheidet Globalisierung heute von aller Globalisierung früherer Zeit.

Nicht dass es da keinen Weltmarkt gab, den hat es 1912 schon gegeben – in den großen Kolonialbereichen waren riesige Warenbewegungen unterwegs –, sondern zum ersten Mal funktioniert das Kapital ohne irgendwelche Bindungen so wie Marx es in seinem Kapital beschrieben hat. Das ist ein gefährlicher Zustand, weil der Eindruck erweckt wird, dass gleichsam die betriebswirtschaftliche Rationalität die einzige Form der Ökonomie ist.

Die Betriebswirtschaft hat Wohlstandsökonomie im Sinne des Gemeinwesens völlig aufgezehrt. Man glaubt, die Summe der betriebswirtschaftlich rationalisierten Einzelbetriebe ist das Gemeinwohl. Das ist natürlich ein Irrtum, den bisher eigentlich kein großer Ökonom, ganz abgesehen von Keynes und Walter Eucken, für möglich gehalten haben. Und wenn betriebswirtschaftliches Denken sich gewissermaßen durch eine Art Kontamination pestartig verbreitet, so dass betriebswirtschaftliches Denken jetzt auch die Opernhäuser erfasst, finde ich das ungeheuerlich.

Ich habe bei einer Rede im Hannoverschen Opernhaus dem auch anwesenden Kultusminister vorgeschlagen, er sollte doch einmal seine Kürzungsvorschläge unter dem Gesichtspunkt betrachten, dass bei einzelnen Opernrollen gekürzt werden kann. Also wäre ja zu überprüfen, ob nun alle Rollen bei Aida notwendig sind. Im übrigen würde das Publikum das vielleicht gar nicht bemerken, wenn man nur Radames und Aida lässt. Heute ist es soweit, dass auch Kirchen versteigert werden. Das ist ein kultureller Bruch in einer Gesellschaft, die vor Reichtum überquillt. Es sind gewaltige Mittel da.

Wenn die alten Utopisten das sehen würden, die immer für Arbeitszeitverkürzung gekämpft haben. Campanella sagte zum Beispiel, 6 Stunden Arbeit in der Woche müssen reichen, wenn wir die Mittel für die Produktion haben. Dann können wir die andere Zeit – der hatte nun klösterliche Vorstellungen – zum Beten nutzen, zur kreativen Tätigkeit. Wenn die das heute sehen würden, dass wir das tausendfache von dem produzieren in der selben Zeit wie damals und trotzdem uns Tag und Nacht mit ökonomischen Problemen befassen, werden die sagen, die sind krank, diese Menschen. Das ist ein massenpsychologisches Krankheitssymptom, das nur dadurch nicht auf-

gedeckt wird, weil alle beteiligt sind.

Ich will das gar nicht so karikieren wie es klingt, aber es hat etwas Komisches und Tragisches an sich. Tragisches, weil diese Form der Rationalisierung ja genau die Warenproduktion und die Dienstleistung um die Warenproduktion herum betrifft. Das bedeutet, dass ein alter großer kultureller Wert, der bei Salomo und Curlet ausgesprochen ist, der sagt, alles hat seine Zeit, Sterben hat seine Zeit, Geboren werden, Zerstören, Aufbauen seine Zeit – seine kulturelle Entmischung der Zeitdimension. Heute hat alles eine Zeit, nämlich die betriebswirtschaftlich rationalisierte, ökonomisierte Zeit dringt in alle Poren der Bildung und ich glaube, die Anwendungsbezogenheit der Bildung zerstört Bildung.

Bildung hat immer damit zu tun, dass ich Vorräte anlege, Begriffe, Sichtweisen, Hinweise. Bildung hat so etwas wie einen Vorrat anzulegen. Mit dem schnellen Umsetzen von Bildung durch Studiengänge wie Master usw., mit Verkürzung der Studienzeiten, wird in einem Bereich gespart in dem nicht gespart werden darf, wenn diese Gesellschaft so etwas wie eine humane Gesellschaft bleiben will. Die betriebswirtschaftliche Rationalisierung besteht darin, dass man die Kosten verschiebt. Wer heute an Bildung, Erziehung spart, der wird in zehn Jahren an einer anderen Stelle doppelt und dreifach draufzahlen. Es wird mehr Gefängnisse geben, es wird mehr Schutzmaßnahmen geben. Der Krankenstand ist zurückgegangen wie noch nie und die sozialpsychiatrischen Dienste werden verzehnfacht wahrgenommen. Es wird gespart und verschoben auch aus Angst.

Dieses Verschiebeprobem zu Ungunsten der kommenden Generation ist ein gefährliches Symptom dieser Krise. Hartmut von Hentig hat einmal gesagt, jede Bildung ist im Grunde politische Bildung. Wenn Bildung betrachtet wird als etwas, was auf das Gemeinwesen gerichtet ist, nicht nur auf individuelle Qualifikation, sondern auf das Wohl des Gemeinwesens, ist Bildung politische Bildung. Wir müssen auch darüber nachdenken, jedenfalls haben die alternativen Ökonomen das in Erwägung gezogen, viel stärker in die Öffentlichkeit zu bringen, dass dieses Shareholderprinzip entwürdigend ist und dass diejenigen, die die Werte produzieren, auch über die Er-

gebnisse dieser Werte mitbestimmen sollen.

Die alte Forderung der Nachkriegszeit war ja Wirtschaftsdemokratie. Auch im Ahlener Programm steht das drin, dass der Kapitalismus nicht imstande ist, gewissermaßen die menschlichen Probleme einer Gesellschaft zu bewältigen. Es muss so etwas wie eine Gemeinwesenkontrolle sein, wenn wir immer stärker dahinkommen, dass die Konzernherren über das Schicksal von Millionen bestimmen, obwohl sie nicht demokratisch legitimiert sind. Sie haben keine Legitimation. Das ist aber doch der Sinn einer demokratischen Gesellschaft, dass die Legitimationsbasis eben beim Volk liegt. Bontrup sagt, wir müssen wieder darüber nachdenken, dass es nicht nur Mitbestimmung, sondern Selbstbestimmung im Betrieb – auch über die Ergebnisse der betrieblichen Produktion – geben muss.

Ich habe jetzt meine Zeit schon ausgenutzt und möchte nur noch zum Schluss etwas zu der Veränderung des Menschenbildes sagen, das sich in diesem Zuge abzeichnet. Ich glaube, wir sind in der Situation, dass sich schleichend die Vorstellung, die Definition vom Menschen verändert. Jede Epoche hat so ihre Definition vom Menschen. Wenn man von Renaissance-Menschen spricht, dann ist es der homo universale, der universell gebildete und tätige Mensch. So ein Leonardo, der über alles experimentiert hat, auch über Wurfmaschinen, die nicht funktionierten. Er hat alles ausprobiert, auch Leichen seziiert. So ein Politikum war Aristoteles, der den Menschen auf das Gemeinwesen bezogen hat. Nur Götter und Tiere könnten außerhalb der Polis leben, sagte er.

Wir sind heute in der prekären Situation, dass es zwei Definitionen gibt, die sich immer stärker herausbilden, nämlich auf der einen Seite werden gewissermaßen die Menschen auf Augenhöhe des Kapitals, des Kapitalisten gehoben. So heißt es bei der sächsisch-bayerischen Kommission für Zukunftsfragen, in der auch Ulrich Beck mitgearbeitet hat, der eigentliche Mensch ist Unternehmer. Wörtlich: der unternehmerisch tätige Mensch ist der eigentliche Mensch. Aber was hat er zur Verfügung? Arbeitskraft. Arbeitskraft ist gewissermaßen das Potenzial. Verstand und Arbeitskraft wird auf die Augenhöhe von Ackermann gehoben.

Das ist natürlich eine plumpe Ideologie, die aber überhaupt nicht durchschaut wird. Der Mensch wird aufgewertet, so wie man im Dritten Reich sagte, du bist jetzt Betriebsführer. Die fühlten sich hoheitlich avanciert und haben sich entsprechend auch verhalten, und zwar durch Umdefinition. Das ist die eine Seite dieses neuen Menschenbildes. Die zweite besteht darin, dass der Mensch zu einem allseitig verfügbaren Lebewesen wird, die allseitige Verfügbarkeit. So wie das Beispiel mit dem Ostfriesen in Emden: ich muss verfügbar sein, mich anbieten. In Bereitschaft sein ist alles, heißt es bei Hamlet. Bereitschaft und Verfügbarkeit, ohne zu überprüfen, ob die Marktgesetze etwa Naturgesetze sind, die man gar nicht verändern kann.

Dieser allseitig verfügbare Mensch ist politisch eine sehr gefährliche Figur, nämlich der leistungsbewusste Mitläufer – politisch. Dieser leistungsbewusste Mitläufer ist eine ganz große Massengefahr für die Demokratie.

Insoweit glaube ich, dass politische Bildung zentral ist, nicht nur für Europa, insbesondere aber für die entwickelten Gesellschaftsordnungen mit diesen Widersprüchen, die ich zu zeichnen versuchte. Sie trägt wesentlich dazu bei, dass die Menschen unter Verhältnissen leben können, in denen sie ihre Würde und ihren aufrechten Gang behalten können. Politische Bildung ist ein Existential der modernen Welt und dafür zu kämpfen ist ein wesentlicher Bestandteil des Zusammenhalts dieser Gesellschaftsordnung.







